

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Mill. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 6. Juni 1931

Nummer 45

„Krisenwirkungen“

Steigerung des Gemeinnsinns in der Krisenzeit. Ist sie möglich und in welcher Richtung? Diese Frage mag den Kollegen Schweinitz beschäftigt haben, als er in den Nrn. 24 und 42 des „Korr.“ in aller Offenheit, aber doch mit größtem Verantwortungsbewußtsein die schweren Wirkungen aufzeigte, die die von allen als schier unerträglich empfundene Wirtschaftskrise ganz naturgemäß auch auf die Kasse unseres Verbandes haben mußte. Wer nur einigermaßen die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verfolgt, das beängstigende Anschwellen der Arbeitslosigkeit wie den raschen und recht beträchtlichen Zugang an neuen Invaliden beobachtet hat, der wird von diesen Darlegungen nicht überrascht gewesen sein. Die Wirkungen der Krise rücken in ein Stadium, das ihre wesentliche Abschwächung oder völlige Beseitigung unbedingt notwendig macht. Hier gibt es kein Verharren bei sorgenschwerer Miene, kein oberflächliches und unsachliches Debattieren, das den Kern der Sache unberührt läßt; hier gibt es nur ein Mittel, das uns die Gewißheit gibt, daß wir diese Krisenzeit unter allen Umständen überwinden werden, und den Widerstehern die nötige Klarheit über Wollen und Vollbringen der Gewerkschaftsbewegung verschafft, das ist die Steigerung des Gemeinnsinns!

Daß die praktische Betätigung des Gemeinnsinns unter besonderer Herausstellung des Grundgedes der gegenseitigen Hilfe in der Krisenzeit einer Steigerung fähig ist und sein muß, bedarf keiner langen Auseinandersetzungen. Wesentlich schwieriger ist, anzugeben, in welcher Richtung die Steigerungsmöglichkeiten liegen sollen. Daß sie in der heutigen Zeit begrenzt sind, bedarf, da allgemein bekannt, so wenig der Hervorhebung wie die Tatsache, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Kollegen die Grenzen weniger eng gezogen wissen will. Und die letzteren sind in der Tat nicht immer diejenigen, deren Lebenshaltung sich etwas günstiger von der der anderen abhebt. Was ihnen dennoch zu ihrer Einstellung verhilft, ist das tiefere Eindringen in den Sinn der gewerkschaftlichen Organisation, deren Wert für sie in dem Maße wächst, in dem sie aktiv an der Überwindung schwerer und schwerster Situationen beteiligt sein können.

Es ergibt sich nun die Frage, ob der Wille der Kollegen, die bereit sind, über ihre Fähigkeiten hinaus zu opfern, als Ausgangspunkt für die allgemeinen Steigerungsmöglichkeiten des Gemeinnsinns gelten soll? Diese Frage muß von der Organisation verneint werden. Für sie kann und darf der Wille vorbildlich veranlagter Kollegen nicht ausschlaggebend sein für die Durchführung von Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit der Gesamtheit überschreiten und damit die Organisation selbst von einer anderen Seite her in Mitleidenschaft ziehen könnten. Vielmehr muß gerade die Leistungsfähigkeit der Gesamtheit von bestimmendem Einfluß auf die Handlungen der Organisation sein, sofern sie gezwungen ist, die Leistungen der Gesamtheit im Interesse dieser selbst in verstärktem Maße in Anspruch zu nehmen.

Solange der Verband der Deutschen Buchdrucker besteht, bewegen sich die Leistungen seiner Mitglieder auf einer Stufe, die wiederum die Leistungsfähigkeit der Organisation den Mitgliedern gegenüber erklärt macht. Man hat bereits in normalen Zeiten auf beiden Seiten Verpflichtungen übernommen, die das im allgemeinen übliche Maß ein wenig überschritten und einen hohen Reifegrad des Gemeinnsinns erkennen ließen. Es ist überflüssig, viele Worte darüber zu verlieren, mit welcher beispiellosen Hingabe während des jahreslangelangen Bestehens des Verbandes die Mitglieder zu den Interessen ihrer Organisation gestanden haben und diese zu denen ihrer Mitglieder. Man entsinne sich nur der traurigen Inflationszeit mit ihren verheerenden Wirkungen auf den Standard der Mitglieder und die Finanzen der Organisation! Die Zeit wurde überunden. Ja, mehr als das; der Gemeinnsinn der Buchdrucker bewirkte, daß binnen kürzester Frist die Wirkungen der Inflationszeit auf die Organisation nicht mehr zu erkennen waren. Mit der Überwindung der Inflationszeit wurde auch den Gegnern der gewerkschaftlichen Organisation ganz augenfällig bewiesen, daß die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung noch keine Erledigung derselben ist, die niemals möglich sein wird.

Sollte nun den Buchdruckern, deren Organisationsgedächtnis von Aufstieg und Niedergang zu berichten weiß, die die Wirkungen einer jahrelangen Inflation mit ver-

hältnismäßiger Schnelligkeit der Historie überlieferten, die Überwindung der heutigen Krisenzeit als unvorstellbares Unternehmen erscheinen? Mit nichten. Diese Krisenzeit wird überwunden! Und zwar wird sie überwunden durch die Steigerung des Gemeinnsinns auf breiterer Grundlage, also durch Heranziehung der Arbeitenden und Unterstützten zu verstärkter gegenseitiger Hilfe, die in ihren Auswirkungen Lebens- und Leistungsfähigkeit des Verbandes gewährleistet und damit in hohem Grade den Interessen des einzelnen gerecht wird.

Damit ist gesagt, daß in dem Augenblick, wo die Steigerung des Gemeinnsinns auf breiterer Grundlage noch möglich erscheint, der zweifellos nicht gern erfolgte Hinweis des Kollegen Schweinitz, die Balancierung des Etats bei der Senkung der Ausgaben auf dem Unterstützungsgebiet zu suchen, nicht Geltung behalten darf. Allerdings, wenn sich die noch in Arbeit stehenden Kollegen auf den Standpunkt stellen können, daß die Grenze der Beitragshöhe erreicht ist, dann gibt es nur den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu Lasten der Unterstützten, also einen Ausgleich, der dem gewerkschaftlichen Grundgedanken, die gegenseitige Hilfe zu betreiben, zuwiderläuft. Es wäre kurzfristig, wenn die noch als Lohnempfänger geltenden Kollegen sich der gesteigerten gegenseitigen Hilfe in der Krisenzeit mit dem Argument verlagen wollten, daß die Grenze der Beitragshöhe erreicht ist, ihnen weitere Opfer nicht zugemutet werden können. Denn nirgendwo mehr als in der Krisenzeit liegt die Möglichkeit nahe, daß die heute Arbeitenden die morgen Unterstützten sein können und oft auch sein werden. Die Steigerung der Leistungen bis an die Grenze des Möglichen und selbst wenig darüber hinaus ist kein bloßes Opfer eines Teils der gewerkschaftlich Organisierten für den anderen Teil, weil die Rollen nur zu oft vertauscht und damit der wahre Charakter der gegenseitigen Hilfe entfällt wird. Es gibt in der gewerkschaftlichen Organisation keine bestimmte Gruppe von Gebenden und Empfangenden, welche Tatsache selbst in der Krisenzeit, in der die Gruppe der Empfangenden beständiger sein wird, Geltung behalten muß. Auch die zur Zeit Gebenden werden in bestimmten Zeitebenen in irgendwelchen Unterstützungsgruppen, sei es auf dem Gebiet der Weis-, Arbeitslosen- und Gemäßigtenunterstützung oder auf dem Gebiet der Kranken- und Invalidenunterstützung, durch Inanspruchnahme der Amgungsbeihilfe, des Rechtsschutzes und schließlich auch durch Zahlung des Sterbegeldes an Hinterbliebene als Empfangende in Erscheinung treten, und wahrscheinlich dann nicht gern an ihre mitunter kühn gegebene Auffassung, daß sie nur geben, aber nicht empfangen, erinnert sein wollen. Die Eingliederung in die Reihen der gewerkschaftlich Organisierten birgt in sich den Willen, die Organisation ihren Zielen näherzubringen und zu diesem Zweck die aktive Unterstüzung in jeder Form und im Rahmen des unbedingt Möglichen zu gewähren.

Gewiß, das unbedingt Mögliche in der Beitragsleistung scheint erreicht. Aber auch das unbedingt Mögliche in den Leistungen auf den verschiedenen Unterstützungsgebieten ist erreicht, ja bereits seitens der Organisation überschritten worden. Man betrachte sich die in den Verbandsaufstellungen verankerten „Bestimmungen über die Unterstützungen“, die in ihren Ausmaßen ihresgleichen kaum finden werden, und die doch nur auf normale Zeiten, nicht aber auf Krisenzeiten von der Tragart der gegenwärtigen, zugeschnitten sein sollten. Abgesehen von dem frühen Bezugsbeginn in allen Unterstützungsgruppen mußte die Höhe der einzelnen Unterstützungsätze und vor allem ihre fast beispiellose Bezugsdauer in Krisenzeiten Wirkungen auslösen, wie wir sie nach Abschluß des verfloffenen Jahres kennen gelernt haben und im laufenden Jahre noch schwerer empfinden werden.

Um nur drei Beispiele heranzuziehen: Die Gewährung der Ortsunterstützung bis zur Dauer von 70 Tagen nach 56 Beiträgen, bis zu 140 Tagen nach 150, bis zu 210 nach 500 und bis zu 280 Tagen nach 750 Beiträgen mit in den ersten drei Staffeln gesteigerten Unterstützungsätzen, und nun seit dem 24. November 1929 das Einsehen der außerstatutarischen Leistung der Notstandsbeihilfe an in der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuerte Mitglieder mußte trotz der erhobenen gestaffelten Extrabeiträge, deren Ertrag ja im Jahresdurchschnitt um 624 445 M. hinter den Leistungen des Verbandes zurückbleibt, jene Teilwirkungen auslösen, die Kollege Schweinitz ganz richtig mit Krisenwirkungen bezeichnet. Es ist unbestritten,

daß die Hauptwirkungen auf die Verbandskasse aus diesem in Krisenzeiten mit Leistungen überladenen Unterstützungszeit hervorgehen. Auch die Krankenunterstützung, die ja in Krisenzeiten nicht sehr erheblich von den Ausgaben in normalen Zeiten abweichen wird, ist schon zu diesen Zeiten in ihrem Bezugsbeginn, ihren Sähen und wiederum vor allem in ihrer Bezugsdauer aufs äußerste ausgebaut, wenn nicht übersteigert worden. Sie wird, da auch in Krisenzeiten mit einer stärkeren Belastung der Verbandskasse durch diesen Unterstützungszeit zu rechnen ist, ihren Anteil an den Krisenwirkungen nehmen. Weit aus fühlbarer aber werden die Krisenwirkungen aus dem Invaliden-Unterstützungszeit auf die Verbandskasse. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Unterstützungsbeginn bereits nach 450 bzw. 700 Beiträgen mit einem Tagesatz von 1,40 M. einsetzt und nach 2000 Beiträgen auf den Tagesatz von 2,40 M. ansteigt, so wird man unschwer und ohne große Rechenkünste feststellen, daß hier die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit des Verbandes nicht nur erreicht, sondern überschritten ist und weiter überschritten werden wird, da der wöchentliche Zugang an neuen Invaliden im Durchschnitt bei 30 liegen dürfte. Das mag all den Käufern nach weiterem Ausbau der Unterstützungszeit des Verbandes ernstlich zu denken geben, die sich vor und nach dem letzten Verbandstag nicht genug tun konnten in unerfüllbaren Forderungen und oft ganz unberechenbarer Kritik an den Vorschlägen des Verbandsvorstandes wie den Beschlüssen des Verbandstages.

Gerade weil der Verbandsvorstand wie die Geworfvorstände nicht eindringlich genug warnen konnten vor dem Verlangen weiter Kreise der Kollegen, die nach einem mit den Zwecken und Zielen des Verbandes nicht zu rechtfertigenden Ausbau der Unterstützungszeit riefen, entschloß sich für sie wie schließlich auch für den Verbandstag jeder Vorwurf, nicht weisfahend die Dinge gemindert zu haben. Wäre es nach dem Willen des Verbandsvorstandes und einer großen Mehrheit der Verbandsteilnehmer gegangen, so wären die Wirkungen aus der Übersteigerung der Unterstützungsleistungen in der Krisenzeit weniger fühlbar geworden. Leider übersteht eben ein Teil der Kollegen, daß die gewerkschaftliche Organisation eine Unterstützungsstufe schlechthin nicht sein kann und darf, daß sie vielmehr das Schwergewicht auf den gewerkschaftlichen Kampf um bessere Existenzbedingungen ihrer Mitglieder zu verlegen hat und daneben solange die praktische Betätigung der gegenseitigen Hilfe durch Unterstützungsleistungen in begrenztem Maße in ihrem und der Mitglieder Interesse über muß, solange die staatlichen Einrichtungen, die den Lohn- und Gehaltsempfänger gegen die Wechselfälle des Lebens schützen sollen, unzulänglich bleiben.

Freilich, Superfluge und Sanguiniker werden auch jetzt, wie zu allen Zeiten und bei jeder Gelegenheit, ihrem „Scharfsinn“ die Zügel schießen lassen. Sie werden ihren im Experimentieren weniger gewandten Mitmenschen glauben machen wollen, „daß sie lange begriffen, was andere nie begriffen werden“ und „daß nur die verfehlte Politik und die Unzulänglichkeit der Führer (die durch sie ersetzt werden müssen) die Schuld an dem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse trage, wie die Schuld an den andern unseidlichen Verhältnissen auch“. Sie werden wieder geistlich den Hintern mit dem rechten Schuh verwerfeln und so der erstanten Mitwelt demonstrieren, daß man sich auch so auf den Beinen halten und unter Umständen fortbewegen kann. Das werden sie tun, nicht mehr und nicht weniger. Kaum werden sie die problematische Debatte über die Salbung des Verbandshaushalts etwa in dem Sinne zu betreten versuchen, wie es sich für führend sein wollende Naturen geziemt: verantwortungsbewußt, hilfsbereit und mit dem Mut zur Unbeliebtheit, die als Vorrecht den andern gern zugebilligt wird.

Immerhin, mit Sottisien wird nicht der Etat balanciert, sondern durch die klare Entschärfung: wer übernimmt die Lasten, die infolge des herbeizuführenden Ausgleichs entstehen werden. Es soll nicht auf das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Unterstützungsgruppen eingegangen werden. Summarisch steht jetzt schon fest, daß die gesamten Ausgaben im Jahre 1930 die Summe von 9 306 224,28 M. erreicht und somit die Ausgaben des Jahres 1929 um 2 801 243,38 M. überstiegen haben. Ein Verlust von 1 095 354,00 M., den Reforzen des Verbandes entnommen, brante den Etat ins Gleichgewicht. Borerst scheint dieser Verlust erträglich zu

sein und wird von der Gesamtheit genau so getragen wie jede Beitragserschöpfung oder Unterstützungsentung. Für die Folgezeit aber ist ein derartiger oder ungleich höherer Verlust nur durch eine Beitragserschöpfung und Unterstützungsentung zu umgehen, da, wie bereits erwähnt, die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaft auf anderem als dem Unterstützungsentungsbereich zumindest so wichtig erscheint als auf dem letzteren. Darüber muß absolute Klarheit herrschen. Da die Grenze der Beitragsleistung erreicht sein soll, den Unterstützten aus ganz naheliegenden Gründen die Lasten unmöglich allein aufzubürden werden können, bleibt nur die Steigerung der Beiträge wenig über die Grenze der Leistungsfähigkeit hinaus, sowie die geringstmögliche Senkung der Unterstützungssätze übrig. Das wäre der praktische Weg der gegenseitigen Hilfe am nächsten. Zwar kann auch hierbei von einer besonderen Härte gegen diese oder jene Seite gesprochen werden, doch wo ließe sich diese vermeiden, wenn es sich um den Erhalt der Lebens- und Leistungsfähigkeit des Verbandes in der Krisenzeit handelte? Gewiß wäre der Ausgleich auf der Einnahmenseite durch Erhöhung der Beiträge unter Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Leistungen die idealste Lösung. Dazu wären auch nicht wenige trotz eines wahrscheinlich erheblichen Opfers bereit. Aber der Wille dieser Kollegen darf, wie bereits hervorgehoben, nicht ausschlaggebend sein. Ausschlaggebend ist und bleibt für die Organisation, welche Opfer der Gesamtheit nun noch zugemutet werden können, um diese Krisenzeit zu überwinden.

Da wäre zunächst die generelle Heraushebung des Verbandsbeitrages um 50 Pf. als äußerstes Opfer anzusprechen, ein Opfer, das alle in Arbeit stehenden Kollegen zu bringen haben. Zugleich muß die Herabsetzung der Unterstützungssätze wie folgt vorgenommen werden: für Reife- und Arbeitslosigkeit am Ort um 25 Pf., für Krankheit um 20 Pf., für Invalidität um 10 Pf. pro Tag. Dafür sollen der Bezugsbeginn wie der Bezugsdauer in diesen vier Unterstützungsweigen unangetastet bleiben, was in der Krisenzeit weit wichtiger erscheinen will, als das Fehlen von eine geringere Herabsetzung des Tagesatzes.

Obwohl die Einführung der gestaffelten Extrabeiträge teils auf Anerkennung, teils auf Ablehnung gestoßen ist, kann dennoch auf eine kleine Erhöhung — da ihr Ertrag bei weitem nicht ihren Zweck erfüllt (siehe Notstandsbeihilfe) — nicht verzichtet werden. Das entspricht auch durchaus der gesunden gewerkschaftlichen Auffassung, daß der wirtschaftlich etwas Stärkere dort Lücken zu schließen übernimmt, wo mehrere Schwache nicht mehr in der Lage sind, sie zu schließen. — Wichtig, größere Rechte werden gegen diese erhöhten Pflichten nicht einzutauschen sein. Das liegt auch nicht im Wesen des Gemeinnsinn, sofern er in Krisenzeiten einer besonderen Entfaltung bedarf. Wichtig auch, daß die über dem Minimum liegende Bezahlung auf Sonderleistungen beruht, an deren besonderer Vergütung die gewerkschaftliche Organisation aber nicht ganz unbeteiligt sein dürfte, weil sie durch Schaffung des Abs. 5 des § 4 des Tarifs der besseren Wertung besonderer Leistungen durch höhere Bezahlung die Wege ebnete. Deshalb ist es nicht unbillig, wenn man den Besserentlohnern je nach ihrer Stärke in Krisenzeiten einen Extratrust aufserlegt, der den in der Entlohnung unter ihnen stehenden Kollegen nicht mehr zugemutet werden kann.

Die Veränderung der Extrabeitragsstaffel nach folgenden Vorschlägen würde deshalb erträglich und als gerecht zu bezeichnen sein:

von 60,00 bis 69,99 M.	1 Extrabeitr.	45 Pf.	bis 30 Pf., mehr 15 Pf.
von 70,00 bis 79,99 M.	2 Extrabeitr.	45 Pf.	bis 30 Pf., mehr 30 Pf.
von 80,00 bis 89,99 M.	3 Extrabeitr.	45 Pf.	bis 30 Pf., mehr 45 Pf.
von 90,00 bis 99,99 M.	4 Extrabeitr.	45 Pf.	bis 30 Pf., mehr 60 Pf.
von 100,00 bis 109,99 M.	5 Extrabeitr.	45 Pf.	bis 30 Pf., mehr 75 Pf.
von 110,00 bis 119,99 M.	6 Extrabeitr.	45 Pf.	bis 30 Pf., mehr 90 Pf.

Es ergibt sich also mit der Einbeziehung der generellen Heraushebung des Verbandsbeitrages um 50 Pf. für die einzelnen Staffeln der Extrabeitragsstaffel eine wünschenswerte Mehrbelastung gegenüber dem jetzigen Zustand von 0,86, 0,80, 0,95, 1,10, 1,25 und 1,40 M., die ohne allen Zweifel ungeheuer schwer ist, die aber nicht unbeschreiblich neben der noch schwerer für die davon Betroffenen ins Gewicht fallenden wünschentlichen Unterstützungsentung zu stehen braucht und die, wenn schon an eine grundlegende Reform zum Zwecke der Aktionsfähigkeit des Verbandes herangegangen werden muß, zur Überwindung der Krisenzeit unter allen Umständen und wahrscheinlich endgültig beitragen würde.

Die Jahresausgabe für Notstandsbeihilfe beträgt unter dem gegenwärtigen Status 1.166.194,50 M. Da die Einnahmen aus Extrabeiträgen 523.750 M. betragen, bleiben sie um 642.445 M. oder im Jahresdurchschnitt um etwa 54 Proz. hinter den Ausgaben zurück. Eine Steigerung dieses Prozentsatzes bei Beibehaltung der bisherigen Beiträge und Unterstützungssätze ist nicht nur möglich, sondern zu erwarten, weil die Reichen der Notstandsbeihilfe empfangenden Kollegen ganz naturgemäß durch die in der ordentlichen Arbeitslosenunterstützung Ausgesteuerten verstärkt werden. Und gerade die Verstärkung dieser Reichen muß die Organisation aus menschlichen und organisatorischen Gründen zur Fortführung der Notstandsbeihilfe bestimmen. Hier gibt es auch kein Zaudern, wenn über die Frage zu entscheiden ist, ob eine Begrenzung der Notstandsbeihilfe eintreten soll oder nicht. Nein! Und wenn man diese Kollegen in Permanenz zu unterstützen hätte, sie kommen von uns und gehören zu uns, solange sie nicht infolge der Ausichtslosigkeit ihres Unterkommens im Gewerbe eine andere Beschäftigung ergreifen müssen. Sie sind es, die von der Tüde des Schicksals gerettet ins Gesicht gelassen wurden, denen jede Zuversicht schwinden muß, wenn auch wir ihnen den letzten Boden unter den Füßen entziehen. Es müßte eine furchtbare Wendung im Ge-

meinsamkeitsgefühl der deutschen Buchdruckergehilfen eingetreten sein, wenn sie der nur durch die Krisenzeit hervorgerufenen Kategorie der Notstandsunterstützten in dem Augenblick die kalte Schulter zeigen wollten, wo diese Kollegen der Hilfe am bedürftigsten sein werden. Darüber natürlich, ob die bisherigen Unterstützungssätze von 5 bzw. 7,50 bzw. 10 M. bei Heraushebung des Verbandsbeitrages um 50 Pf., der Steigerung der Extrabeiträge sowie der in Aussicht stehenden Unterstützungsentung auf andern Gebieten beibehalten werden können, ob sie jetzt oder bei weiterer Verstärkung der Reichen der Notstandsunterstützten auf 4 bzw. 6 bzw. 8 M. herabzusetzen sind, muß gesprochen werden, wenn die Vorschläge in hier angedeuteter Sinne die verständnisvolle Würdigung der Kollegenschaft finden und damit die Initiative des Verbandsvorstandes, den Haushalt des Verbandes ins Gleichgewicht zu bringen, in einer bestimmten Richtung beeinflussen würden.

Unter dieser Überschrift gab uns Kollege Schweinitz in Nr. 42 des „Korr.“ ein Bild von der angespannten Finanzlage unsrer Verbandsstufe. Das eine klare Stellungnahme zu diesem Problem unaussprechbar geworden ist, wird nach diesem Artikel wohl auch demjenigen einleuchten, der bisher die Dinge nur so an sich herantommen ließ. Kurz: die Kollegen werden zur Stellungnahme aufgefordert. Hier folgt die meine:

Eben legte ich die heutige Tagespresse aus der Hand, worin zu lesen stand, daß Arbeitsminister Stegerwald ankündigt, daß eine allgemeine Lohnreduzierung von seiten des staatlichen Schlichters nicht mehr in Frage komme. Das könnte so viel heißen, als ob der staatliche Schlichter jetzt die Löhne- und Gehälter durch eben dieselben Maßnahmen zu halten beabsichtigt, mit denen er sie vor kurzem gesenkt hat. Das kann aber auch heißen — und diese Auffassung scheint mir die richtigere zu sein —, daß es jetzt in der Hauptsache dem freien Kräftepiel überlassen bleibt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst zu regeln, was wir als Buchdrucker gewiß nicht zu fürchten brauchen. Aber, was hat das mit Krisenverhältnissen zu tun?

Sehr viel! Wir dürfen das Schiff unter keinen Umständen dahin treiben lassen, wöhin unsre Gegner es gern hätten. Unsrere Hauptaufgabe muß also die sein, unsre Klasse kampffähig zu halten, d. h., die Kräfte der unsrer Verbandsvermögen unter keinen Umständen weiter in Mitleidenschaft ziehen.

Kollegen, wenn das bei uns feststeht, dann müssen und werden wir auch Wege finden, die Krisenwirkungen an andern, weniger gefährlichen Stellen auszulassen zu lassen. Die Frage ist nur die, welcher Weg der gangbarste ist.

Die erste Frage: kann den in Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen noch eine weitere Beitragserhöhung zugemutet werden? Diese Frage ist — was den weitaus größten Prozentsatz unsrer Kollegen betrifft — vorerst zu verneinen.

Die zweite Frage: kann man den arbeitslosen und besonders auch auf Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung angewiesenen Kollegen das wenige, was sie zum Leben haben, noch schmälern? Diese Frage ist bedingungslos zu verneinen.

Wo aber liegt der Ausweg?

In der Mitte. Außerordentliche Zeiten verlangen außerordentliche Mittel, hier muß der Verband die Beweglichkeit zeigen, die im gegebenen Moment nottut. Ich schlage deshalb vor: sämtliche Kranken- und Sterbegebühren um 50 Proz. zu kürzen, die Reiseunterstützungssätze auf Arbeitslosen-sätze zu bringen und ebenfalls die Umzugsbeihilfen auf die Hälfte der bisherigen zu senken.

Kollegen, ich bin mir bewußt, daß das einschneidende Maßnahmen sind, ich bin mir auch bewußt, daß wir diese Unterstützungsweize nicht geschaffen haben, um den betreffenden Kollegen Überfluß zu geben, sondern daß diese Unterstützungen starke Bindeglieder unsrer Verbandes darstellen. Aber ohne auf die Verhältnisse der solche Unterstützung in Anspruch nehmenden Kollegen näher einzugehen — denn wohl jeder Kollege hat schon die eine oder andere Unterstützung für sich in Anspruch nehmen müssen — glaube ich, daß dieser Weg gangbar ist und die Opfer tragbar sind.

Es bliebe nun noch die Invalidenunterstützung. Kollegen, hier müßte ich — obwohl selbst noch jung — die Krise nicht ganz ausgewirkt wissen, es ist die Unterstützung, zu der das unerbittliche Vertrauen der Kollegen erhalten werden muß, die unbedingt dieselbe Stabilität wie die staatlichen Versicherungen besitzen soll. Tragbar und mit der Schicksalsverbenheit begründet wäre hier eine dem Lohnabgabenden in der Produktionsprozess stehenden entsprechende Senkung von 6 Proz.

Sollte nach diesen gewiß keinen Kollegen erfreuenden Sparmaßnahmen eine Sanierung unsrer Finanzen noch nicht reiflos durchgeführt werden können, so werden, entgegen meinen ersten Bedenken, die Kollegen im Reiche sich der Notwendigkeit „trotz allem“ nicht verschließen, noch ein paar weitere Groschen zu opfern.

K r e y b t. Jakob Ditus.

Der Artikel des Verbandskassierers Schweinitz in Nr. 42 des „Korr.“ vom 27. Mai ist für alle Mitglieder eine sehr ernste Epistel. Es werden wohl nun auch unter lieben „Königsberger“ einsehen, wie sehr unser Verbandsvorstand mit seinen Maßnahmen für Zucht und Ordnung im Recht war. Es heißt nun sparen: das Verbandsvermögen darf nicht weiter schwinden. Aber war man nicht auch gleich zu frei-

gebig, z. B. mit den Krisenunterstützungen? Andre Gewerkschaften gaben nichts und wir gingen in die Wollen, konnte man nicht mit geringeren Sätzen beginnen und, wenn es die Kasse ausschleifte, weiter zulegen? Gewiß, die Arbeitslosen sind aufs tiefe zu bebauern; aber nun muß man doch auch abbrechen; wir sind also den verkehrten Weg gegangen. Ferner: welche ungeheuren Summen werden ausgegeben in den sogenannten Rückvergütungen, vor mir liegt ein Bericht eines der kleinsten Gaue, und hierin ist eine Rückvergütung von über 23.000 M. verzeichnet; solche Ausgaben fand man früher nicht in den Berichten. Überhaupt ist man jetzt zu freigebig mit den Vergütungen, auch schon in den Ortsvereinen. Etwas mehr Idealismus wäre am Platze, und die Buchdrucker sind doch verständige und gewissenhafte Leute; warum nicht auch im Interesse unsres Lebensnervs? Eine bedenkliche Saite zieht der Kassierer auf, wenn er schreibt, daß die Invalidenunterstützungen gekürzt werden sollen. Sollen wir diesem Vorschlag zustimmen? Ein jeder möge bedenken, daß auch er mal in das arbeitsunfähige Alter kommt, und daß die Reichsunterstützung nicht zum Gattessen reichte. Die Arbeitslosen haben durch eine geschickte Einreihung immer wieder die Aussicht, in den Arbeitsprozess zu kommen; ein Invalide aber ist für immer ausgeschlossen, selten ist es ihm vergönnt, nur einen kleinen Nebenverdienst zu erhalten. Schon vor dem letzten Verbandstag waren die gestellten Anträge auf Invalidenunterstützung viel höher als beschlossen; aber die vorstichtige Berechnung unsres Verbandskassierers ließ keine höheren Sätze zu, aber nun schon wieder abbrechen? Das schädigt das Vertrauen zu unserm ganzen Verbandsorganismus.

Z w i k a u. P. G.

Zu dem Artikel unsres Finanzministers in Nr. 42 des „Korr.“ gestatte ich mir auch einige Ausführungen und bemerke als erstes: es ist wohl richtig, daß zu dieser äußerst wichtigen Zeitfrage die Kollegenschaft so wenig geschrieben hat. Aber dies hat seinen Hauptgrund darin, daß alle erst etwas Definitives aus dem Munde unsres Hauptkassierers hören wollten, und nun glaube ich bestimmt, es wird jetzt in dieser Beziehung Artikel regnen auf den Tisch der Redaktion. Dauerarbeitslosigkeit von tausenden Kollegen ist der Stern der heutigen Zeit auch in unserm Beruf, und keiner der noch arbeitenden Kollegen wird behaupten können, daß überhaupt Besserung in Aussicht steht. Die Pfalze Kapitalismus dagegen blüht und gedeiht, und es ist ihr ein leichtes, in solchen Zeiten Nahrung zu finden, denn die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterkraft (auch der Gewerkschaften) wird immer schwächer — muß es werden, infolge der großen Dauerarbeitslosigkeit. Die bisherigen Taten der Brüning-Regierung zur Milderung der allgemeinen Arbeitslosigkeit kann man als Quacksalbereien bezeichnen, und die eben lautgewordenen Vorschläge zur weiteren Finanzierung der Sozialversicherung sind Verrat an den Armlen unsres Volkes — an den Arbeitslosen. Es ist ferner eine Schande für unser Zeitalter, wie man die Arbeitslosen in der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung behandelt. Wir Buchdrucker haben bestimmt nichts von Gott, Brüning und unsern Prinzipalen (letztere schwimmen zur Zeit in Luxusbädern) zu erwarten; wir müssen uns selbst helfen, so gut es geht. Unsrere Verbandstafel hatte schon im Jahre 1930 ein Defizit von über eine Million Mark, und das laufende Jahr würde dieses Defizit sicher verdreifachen, wenn wir der übergroßen Verzehrung des Verbandsvermögens nicht sofort vorbeugen. Aber die Frage, wie dies nun geschehen soll, werden unter der deutschen Kollegenschaft in den nächsten Tagen — vielleicht zwei gleich starke Meinungen aufkommen. Beitragserhöhung oder Abbau der Leistungen wird die Parole lauten müssen! Nach dem Artikel unsres Finanzministers ist jeder Kollege im Bilde, wie die Beitragserhöhung oder der Abbau der Leistungen aussehen dürfte, und die Entscheidung ist somit leichter zu treffen, wenn sich jeder Kollege von dem eignen „Ich“ freimacht. Diese Entscheidung kann meiner Ansicht nur lauten: Erhöhung des Beitrages! Die arbeitenden Kollegen sind zwar arm — aber viel mehr als ärmer sind unsre Dauerarbeitslosen!

K ö n i g s b e r g. t o.

In Nr. 42 des „Korr.“ vom 27. Mai 1931 habe ich mit Aufmerksamkeit den Artikel unsres Verbandskassierers, Kollegen Schweinitz, gelesen. Am nun unsre Verbandstafel nicht ganz ausplündern, würde ich der Hauptverwaltung folgendes vorschlagen: Die Staffeln der Extrabeiträge soll wegfallen; jeder in Arbeit stehende Kollege zahlt wöchentlich 1 M. Extrabeitrag als Unterstützung für die arbeitslosen bzw. ausgesteuerten Kollegen. Nun rechnen wir zunde Zahlen: 90.000 Mitglieder, davon 20.000 arbeitslos. Es würden dann pro Woche 70.000 M. als Extrabeiträge einkommen, ferner der Verbandsbeitrag 2 M., macht zusammen 210.000 M. Aber auch wir arbeitslosen Kollegen wollen ein kleines Opfer auf uns nehmen, und zwar zahlen wir wöchentlich 25 Pf., bei 20.000 Arbeitslosen = 5000 M. Die Einnahmen würden dann wöchentlich 215.000 M. betragen. Kranke und Invalide sollen von den Extrabeiträgen befreit sein. Rechnen wir nun an Unterstützungen: die höchste Unterstützung an Arbeitslose beträgt bekanntlich 12,25 M., die niedrigste an Ausgesteuerte 6 M. wöchentlich. Rechnen wir nun als Durchschnittssatz wöchentlich 7,50 M. Bei 20.000 Arbeitslosen würde dann die Summe von 150.000 M. herauskommen. Sind nun wirklich 3000 Mitglieder krank — pro Mitglied 10 M. gerechnet — würde die Krankenunterstützung wöchentlich

30 000 M. betragen. Ferner nehmen wir noch 1000* Invaliden dazu, die wöchentlich 15 M. erhalten, das würde eine Ausgabe von 15 000 M. ergeben. Die Einnahmen betragen wöchentlich 215 000 M., die Ausgaben 195 000 M. (Arbeitslosenunterstützung 150 000 M., Krankenunterstützung 30 000 M., Invalidenunterstützung 15 000 M.) Es stehen dann noch 20 000 M. zur Verfügung an Verwaltungskosten und Rückvergütungen. Diese Summe ist ja sehr minimal. Vielleicht wird nun irgendein anderer Kollege auch noch einen andern Vorschlag zur Stärkung unserer Verbandskasse an dieser Stelle veröffentlichen. Man könnte dann gewiß einen Mittelweg finden.

Nun zum Schluß noch ein Wort an meine arbeitslosen Kollegen: Hoffentlich werdet ihr nicht gleichlich schimpfen und sagen, nun sollen uns auch noch wöchentlich von der wenigen Unterstützung 25 Pf. abgezogen werden. Dieses ist ja nur meine persönliche Meinung. Es müssen auf beiden Seiten Opfer gebracht werden.

M i n n e r i. W. **M a t t.**
 * Vant Auszug aus den Protokollen der Verbandskassen in vierter Quartal 1930 in Nr. 38 des „Korr.“ vom 13. Mai dieses Jahres belief sich schon am Ende des vierten Quartals 1930 die Zahl der Invaliden im Verband auf 1710. Gegenwärtig beträgt die Zahl unter Invaliden sogar schon 4000. Zufolge dessen haben die hier in Frage kommenden Berechnungen ein großes Loch, weil die wöchentlichen Ausgaben für die Invalidenunterstützung das Vierfache der vom Verfasser errechneten Summe ausmachen. S c h r i f t s t e l l u n g.

Unter „Krisenwirkungen“ schreibt Kollege B. Schweiniß (Berlin) in Nr. 42 ganz richtig u. a.: „Dieser Entwicklung gegenüber tatenlos bleiben, hieße den Verband in Gefahr bringen!“ Diejenigen aber, welche die Unterstützungen kürzen wollen, weil sie keine höheren Beiträge zahlen wollen, bringen den Verband in Gefahr, dem sie es zu verdanken haben, daß sie noch heute die Löhne bekommen, die sie zur Zeit noch haben! Selbst solche Kollegen, die die Pflichten der Kommunisten zeitweise für bare Münze genommen haben, wissen die Unterstützungen, die sie vom Verbands erhalten, zu schätzen. Sie bleiben bei der „Fahme“, denn im vergangenen Winter sind viele sehr enttäuscht worden, als sie von den Kommunisten statt der versprochenen 3 M. pro Tag nur eine Kartoffeluppe erhielten, die nur eine Stunde vorhielt, dann hatten sie schon wieder Hunger!

Um unsere Organisation intakt zu halten, muß der Beitrag um eine Mark erhöht werden (wie es Kollege B. Schweiniß für nötig hält). Wenn das nicht ausreicht, müssen zwei Stundenlöhne gezahlt werden, wie Kollege Ries (Göttingen) vorschlägt. Die Londoner Buchdrucker haben im Jahre 1910 sogar ein Viertel ihres Lohnes wöchentlich geopfert für die 6000 arbeitslosen Kollegen, die nach dem Streik auf dem Londoner Pfahler lagen! 11 000 arbeitende Buchdrucker in London zahlten jede Woche 10 Schilling Beitrag für ihre 6000 arbeitslosen Kollegen! 10 Schilling hatten 1910 in London den Kaufwert wie heute in Deutschland 15 M.! Die Londoner Buchdrucker machten durch ihre heroische Tat einen Stich durch die Rechnung der Londoner Buchdruckunternehmer, die darauf rechneten, daß die 6000 arbeitslosen den 11 000 arbeitenden Buchdruckern in den Rücken fallen würden, weil sie der Hunger dazu treiben würde, billiger zu arbeiten! Vier lange Jahre, von 1910 bis 1914, haben die 11 000 arbeitenden Londoner Buchdrucker dieses schwere Opfer gebracht, bis sie durch den Ausbruch des Weltkrieges 1914 davon befreit wurden! Diese bewundernswürdigen Opferwilligkeit und Solidarität sollte für die Buchdrucker der ganzen Welt immer als leuchtendes Beispiel in Zeiten höchster Not dienen!

Den Berliner Buchdruckern geht es heute ähnlich wie den Londonern im Jahre 1910. Der wahn sinnige Streik,



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Adler in Berlin
 Eingetretten: 6. Juni 1881
 Jetzt Invalide



Anton Peterfen in Blantemoor bei Heide I. Hst.
 Eingetretten: 6. Juni 1881
 Jetzt Invalide



in den sich der größte Teil der Berliner Buchdrucker im Jahre 1923 durch die Kommunisten hineinziehen ließ, hat dem Verbands über 1000 neue Invaliden gebracht, und es kommen jede Woche noch mehr hinzu! Der größte Teil der alten Kollegen, die 35 bis 40 Jahre in einem Geschäft gearbeitet hatten, wurden nicht wieder eingestellt! „Laßt euch von den Kommunisten Arbeit geben,“ sagten die Unternehmer, die trotz waren, daß sie auf diese Weise die alten Leute los wurden! Nun gegen die Leidenszeit der alten Kollegen, denn sie mannten aus einer Aushilfsposition in die andrer! Sie wurden ausgesteuert und waren dann auf die Armenunterstützung angewiesen, wodurch der Körper immer mürber wurde! Das hält auf die Dauer der stärkste Körper nicht aus, und das Ende ist dann: Invalide. Darum, Kollegen, speziell ihr Alten, die ihr noch in der Provinz eine gesicherte Stellung innehabt, laßt euch das traurige Schicksal, das über 1000 Berliner (darunter Kollegen von 60 bis 70 Jahren) getroffen hat, als warnendes Beispiel dienen und gebt reichlich! Die Tat der Londoner Buchdrucker von 1910 bis 1914 möge euch dabei als leuchtendes Beispiel vorleuchten.
 Berlin. M. M.

Zur Rotverordnung. Der Schatzmeister unseres Verbandes dürfte mit seinen Ausführungen im „Korr.“ immerhin Befriedigung ausgelöst haben, obwohl die Frage, wie unser Haushalt der krisenreichen Zeit standhalten soll, schon manchem Kollegen das Herz schwer gemacht haben mag. Jetzt wissen wir, daß es ohne weiteres Hilfsmittel, die Finanzen zu stärken, nicht mehr gehen will. Auch unser Hauptvorstand will sich einer Rotverordnung bedienen, um mehr Geld in die Hand zu bekommen und unsere Unterstützungsreihe nicht brüchig werden zu lassen. Und dieser Rotverordnung müssen wir nicht nur, sondern

wollen uns auch fügen. Wen aber wird sie in ihren Auswirkungen treffen? Die Erhöhung des Verbandsbeitrages um eine Mark mag schwer zu tragen sein; die Abzüge vom Arbeitslohn sind so schon beträchtlich genug. Trifft aber Reisende und Invaliden eine Kürzung der Unterstützungsätze um 1,40 bis 1,75 M. je Woche nicht vielleicht doch noch schwerer?

Mein Wunsch, der wohl kaum ungerecht ist, geht dahin: Man erhöhe den Verbandsbeitrag um 50 Pf. je Woche und, wenn eine Bescheidung unumgänglich ist, erniedrige man die Unterstützungsätze um 10 Pf. je Tag. Geteiltes Leid ist halbes Leid, und eine Last auf alle Schultern verteilt, trägt sich leichter.
 M. W.

Krisenwirkungen und... Seit Monaten weisen die Abrechnungen unserer Verbandskasse steigende Fehlbeträge auf, die eingehenden Beiträge reichen nicht mehr aus, das Verbandsvermögen muß zur Deckung herangezogen werden. Kurzum: wir gehen von der Substanz. In einer solchen Situation tritt unser Kassierer, Kollege Schweiniß, mit einem Appell an die Kollegenschaft heran und fordert sie auf, Mittel und Wege aufzuzeigen, wie dieser Auszehrung Halt geboten werden kann. Zwei Möglichkeiten sind es, auf die er hinweist: eine Beitrags-erhöhung von mindestens einer Mark in der Woche, wenn die Unterstützungsätze gekürzt werden sollen, oder Kürzung der Leistungen bei bleibendem Beitrag. Beide Lösungen sind kassen technisch sehr einfach, würden aber große Härten für weiteste Kollegenteile in sich schließen. Mein Vorschlag will nun vermittelnd beide bzw. alle drei Lösungen miteinander verbinden und die größten Härten zu lindern versuchen.

Also: Eine weitere allgemeine Beitrags-erhöhung ist für den Großteil der Kollegen nicht mehr tragbar; denn auch in der Beitragsfrage gibt es Grenzen und diese sind bereits erreicht, zum Teil sogar schon überschritten. Dieser Auffassung wird jeder verantwortungsbewußte Gewerkschafter sein, der mit dem Kassieren der Beiträge zu tun hat und die Dinge um sich herum so sieht, wie sie sind. Wir wollen uns hier kein F für ein U vornehmen und uns an Agitationsanträgen beteiligen, die in der Wirklichkeit gar nicht durchführbar sind. Nun hat die Verbandsleitung bei der Extrasteuer sich auf vielseitiges Drängen gezwungen gesehen, den schematischen Beitrag durch Staffellung etwas gerechter zu gestalten (leider etwas reichlich spät!). Dieser Zug ins Soziale könnte noch ein wenig vertieft werden durch folgende Selbstverständlichkeit: Unser Tarif steht neben den Minimumsätzen auch noch Zusätze vor, die bestimmten Berufsgruppen einen wesentlich höheren Lohn garantieren. Hier könnte meines Erachtens der Beitrag eine kleine Korrektur nach oben erfahren, wenn nämlich die gleichen Prozentzuschläge, die der betreffende Kollege laut Tarif zum Minimum erhält, auch auf den Beitrag angewendet werden würden; z. B. der Beitrag des Maschinensetzers erhöht sich um 20 Proz., der des Korrektors um 7½ Proz.; die Schichtzuschläge und die Überstunden (diese ganz besonders!) gehören ebenfalls hierher. Mancher mag einwenden, es würde hier zweierlei Recht geschaffen. Dem ist jedoch nicht so; denn seit Jahrzehnten hat sich das *W e r b a n d s g a z e* für die Erhaltung und den Ausbau dieser Zuschläge eingesetzt, ohne daß dafür von den zuzulassberechtigten Kollegen ein höherer Beitrag verlangt wurde. Daß in der jetzigen Notzeit auf gewisse Selbstverständlichkeiten eingegangen werden muß, wird jeder Kollege verstehen. Wer tariflich mehr Rechte hat, der hat auch größere Pflichten gegenüber der Organisation, die diese Rechte schuf.

Ein anderer Vorschlag, der sowohl unabhängig ist wie auch mit dem vorhergehenden verbunden werden kann, ist der folgende:

Internationales Buchdruckerlängertreffen Pfingsten 1931

Der Männerchor „Typographia“ St. Gallen in der Schweiz hatte es sich schon längst vorgenommen, einmal einen Ausflug in den schönen Schwarzwald zu machen, verbunden mit einem Besuch der „Typographia“ Freiburg i. Br. Mit freudigem Widerhall wurde der Wunsch der St. Galler Sängerkollegen bei den Freiburger Kollegen, insbesondere von den Sängern, aufgenommen, galt es doch wieder einmal einen ausländischen Buchdrucker- gesangverein als Gast in Freiburgs Mauern zu beherbergen. Jahrelange freundschaftliche Beziehungen zu den Kunstjüngern der alten St. Gallustadt sowie eine muster- gültige beiderseitige Vorbereitung des ganzen Unternehmens gaben die Grundlagen ab für einen glänzenden Verlauf der Veranstaltungen. Herrliches Wetter hatte Verlus den Schweizer Gästen auf ihrer Reise durch den im Frühlingskleid prägnanten Schwarzwald besichert. Erfüllt von herrlichen Naturindrücken sind sie mit dem Reise- auto, in der freudigen Erwartung, mit den Freiburger Kollegen nun endlich zusammen zu sein, in der Breisgau- perle eingezogen. Als erster begrüßte der Vorstand der „Typographia“ Freiburg sowie auch der Gauvorstand des Gaues Oberrhein, R. Sanborn, die Schweizer Gäste mit ihren Damen und hieß sie auf das herzlichste willkommen in Freiburg.

Nach der ersten Begrüßung wurden die Sangsgäste von den Führern in die Hotels geleitet, um sich von dem Reisekaffee zu reinigen. Nach dem Mittagessen traf man sich dann in der Aula der Adelshaus Schule, wo eine interne Begrüßung der beiden Gesangsvereine stattfand. Nach einer kleinen Gesamtprobe wurde dann ein Rund-

gang durch die Stadt angetreten, wobei Engeskollege Fritz Brohmer an geschäftlich interessanten Gebäuden oder Stellen auffällende Ausführungen machte, was von den Gästen mit besonderem Dank bedacht wurde. Als die Sonne jedoch noch immer unerbarmlich auf die Stadtbümmel herunterbrannte, suchten sich die Buchdruckerlänger bald jenen Ort auf, wo sie auf ihre eigne Art und Weise Kühlung suchten.

Am Abend fand im Vereinshaus ein gemeinsames Festbankett statt, welches getragen war von echter internationaler Buchdruckerkollegialität. Nach dem gemeinsam gesungenen Chor „Heil Gutenberg“, von G. Baldamus (Dichter Kollege Surtamp, St. Gallen), brachte ein reizendes Schwarzwaldmädchen einen Begrüßungsprolog zum Vortrag (gedichtet von F. Brohmer), welcher von Herz zu Herzen ging. Gleichzeitig wurde ein schöner Schwarzwaldtrauß den Gästen überreicht. Hierauf nahm der Kollege K e l l e r, der Vorsitzende der „Typographia“ Freiburg, das Wort und entbot allen Anwesenden, besonders den Schweizer Sängern mit ihren Damen, mit kurzen Worten den Willkommenzug, und dankte auch gleichzeitig all denen, die mit Rat und Tat dazu beitrugen, den St. Galler Gästen den Aufenthalt in Freiburg so angenehm wie möglich zu machen. Auch der anwesende Gauvorsteher R. S a n d f o r t begrüßte die auswärtigen Sänger im Namen der übrigen Kollegenschaft. Mit bewegten Worten dankte hierauf der Präsident vom Männerchor „Typographia“ St. Gallen, Kollege V o g e l, für den so überaus herzlichen Empfang. Er forderte die Freiburger Sänger auf, zu Pfingsten 1932 nach St. Gallen zu kommen anlässlich des 100jährigen Bestehens der Sektion St. Gallen. Als äußeres Zeichen der Wertschätzung und zum Andenken überreichte er dem Vorliegenden der „Typographia“ Freiburg das Wahrzeichen von St. Gallen,

den St. Galler Stadtbären mit Klunen geschmückt, was allgemeinen Jubel auslöste. Im weiteren Verlauf des Abends verhielten die beiden Vereine mit Volkstänzern und Chören das an sich reichhaltige Programm. Besonders verdient noch hervorgehoben zu werden die Buchdrucker- philosophie vom Remigi von Herdere, welche die Stimmung auf den Grund hob, so wie sie bei Buchdruckerfesten üblich ist. Als das allgemeine Lied zu Ende gesungen war, welches zu Ehren der Gäste gedichtet wurde (von F. Brohmer), da mahnte auch der Hüter des Gesches schon zum Aufbruch. Man konnte jedoch die Genugtuung mit nach Hause nehmen, wieder einmal einen herzlichen und innerlich betriebenden Abend mit lieben Gästen verlebt zu haben. Das anfallende herrliche Wetter hatte am Pfingstmontag in früher Morgenstunde eine große Schar Kollegen mit Damen sowie mit den Gästen vereinigt, wofelbst von Schwabener, über den Schloßberg, nach dem idyllischen Jägerhäusle ein Spaziergang gemacht wurde. Man hatte den kurzen Aufstieg nicht zu bereuen. Ringsumher grüßten im Glanz der Morgen Sonne die Schwarzwaldberge und ein umfassender Ausblick auf die Stadt und das weite Rheintal rief das Entzücken aller anwesenden Schweizer Gäste hervor. Nach etwa 4stündiger Fußwanderung durch die schöne Waldstraße war man am Ziel der kleinen Wanderung angelangt. Das Jägerhäusle hat in Buchdrucker- treffen einen guten Klang. So manches echte und rechte Buchdruckerfest wurde da oben schon gefeiert, und gar mancher Schwarzflüster im weiten Land wird jener Stunden gern gedenken, die er in zünftigen Buchdrucker- freize dort verlebte. So war es denn kein Wunder, wenn die Festimmung jenes Maß erreichte, wie wir es in besseren Zeiten gewohnt waren. Aber Gott sei Dank, der Buchdruckerchor ist noch nicht gestorben trotz der schweren Krisen und der Not, die auch vor den Sängern der

aufserordentlich bezeichnend, daß sich von der zweiten Hälfte des Vorjahres an ein starker Rückgang der Umsatzeinnahmen feststellen läßt, der nur als Zeichen einer Umsatzeinminderung gewertet werden kann. Noch stärker tritt dieser Rückgang im ersten Vierteljahr 1931 auf. Dieser Rückgang kommt selbstverständlich nicht von ungefähr, sondern steht zum erheblichen Teil mit dem Abbau der Löhne und Gehälter in Verbindung. Besonders deutlich macht sich dieser Zusammenhang im März dieses Jahres bemerkbar, in dem die Wirkung der am 1. Februar eingetretenen Kürzung der Beamtengehälter um 6 Proz. an Stelle der den Beamten auferlegten Reichshilfe von 2,5 Proz. erstmals in die Erscheinung trat.

Etwas anderes war nicht zu erwarten! Zu der unmittelbaren Wirkung der Lohn- und Gehaltskürzungen, durch die den Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Einschränkung des beweglichen Teils ihrer Ausgaben aufzuerlegen wurde, gefolgt sich die in der Weise, daß die auf die Kaufkraft der Arbeitnehmerkreise angewiesene Geschäftswelt, entsprechend ihren verminderten Einnahmen, ebenfalls ihre persönlichen Ausgaben, insbesondere aber die Ergänzung ihrer Lager, einschränken mußte. Es wurde auf der ganzen Linie gespart, mit dem Erfolge einer Verminderung des Verbrauchs, die sich in entsprechender Absatzminderung und Produktionseinschränkung mit zunehmender Arbeitslosigkeit umsetzte. Der erwartete Vorteil für Staat und Wirtschaft blieb aus!

Das sehen wir deutlich genug am Stande der öffentlichen Finanzen. Wie den Unternehmern hat der Lohn- und Gehaltsabbau auch dem Reich, den Ländern und Gemeinden zunächst eine fühlbare Entlastung gebracht. Ihre Ausgaben zeigten die gewünschte Abnahme. Doch schon im gleichen Moment zeigte sich aus den dargelegten Umständen ein Rückgang der Lohnsteuer, dem unmittelbar darauf eine Verminderung der Umsatzsteuer folgte. Damit ist die gegenseitige Wechselwirkung noch nicht zu Ende. Ganz zwangsläufig folgt das Zurückgehen der Einnahmen, Körperschafts- und Gewerbesteuer, eine Zunahme der Sozial- und Wohlfahrtsausgaben, und alsbald befindet sich die öffentliche Finanzlage in der gleichen fatalen Anordnung wie vorher. Man hat die Schraube gedreht, die dabei aufgestellte Berechnung aber erwies sich als falsch, und sie wird es bleiben, solange sich dieses unfinnige Spiel wiederholt. Genau so, wie für das Reich, die Länder und Gemeinden die Lohn- und Gehaltskürzung zu geringeren Steuereinnahmen und gesteigerten Sozial- und Wohlfahrtsausgaben führt, muß auch die Lage der privaten Wirtschaft durch die Einschränkung des Verbrauchs eine Verschlechterung erleiden, von der naturgemäß die arbeitenden Massen am schwersten betroffen werden.

Demgegenüber sind an anderer Stelle in der privaten Wirtschaft recht erhebliche Einsparungsmöglichkeiten vorhanden, die eine derartige Wirkung nicht zeigen würden. Hierfür ein Beispiel aus einer Erhebung des Reichsoberverbandes der deutschen Industrie über Beförderung, Ertrag und Arbeitslöhne, aus der sich recht eigenartige Feststellungen über die Kosten der Leitung der industriellen Unternehmungen ergeben. Von dieser Erhebung wurden rund 25 Proz. des nominellen Aktienkapitals erfaßt. Leider haben sich verschiedene der größten Konzerne an den Ermittlungen nicht beteiligt. Diese ekstraklassen sich auf 735 Aktiengesellschaften mit 7253 leitenden Angestellten. Deren Gesamtjahresgehalt beziffert sich auf 119 Millionen Mark, was einen Durchschnittsgehalt für einen leitenden Angestellten von 16 400 M. errechnen läßt. Das erscheint verhältnismäßig nicht besonders hoch, beträgt aber immerhin doch das Doppelte von dem, was ein leitender Beamter bei den öffentlichen Betrieben bezieht. Berücksichtigt man, daß im Durchschnitt auf einen Betrieb zehn leitende Angestellte entfallen, so kommen auf die in Deutschland vorhandenen 11 745 Aktiengesellschaften und 117 450 leitende Angestellte mit einem Gesamtjahresverdienst von 1,92 Milliarden Mark. Sehr wahrscheinlich gehen jedoch die tatsächlichen Leitungskosten über 2 Milliarden Mark hinaus, was eine ganz außerordentliche Belastung der privaten Wirtschaft bedeutet.

Hier könnte ohne weiteres gespart werden! Dazu ist der Wille jedoch nicht vorhanden. Die sogenannten Wirtschaftsführer halten es für zweckmäßiger, für ihre Sparmaßnahmen die arbeitenden Volksmassen als Objekt zu benutzen. Was verschlägt es diesen Herren, die teilweise Hunderttausende von Mark im Jahre beziehen, daß die arbeitenden Massen immer tiefer in ein Elend hineingetrieben werden, das sie zur Verzweiflung treibt. Es fällt ihnen nicht ein, daß auch sie in der Zeit der allgemeinen Not Einschränkungen auf sich nehmen sollten! Sie fordern Sparmaßnahmen und Entbehrungen nur von den anderen, denen zum Sparen nichts mehr übrigbleibt. Und die kapitalistische Mitwelt findet dies durchaus in der Ordnung! So wird denn auch jetzt die Sparschraube bei den Armen und Bedrückten weiter gedreht mit dem Ergebnis, daß die wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechtert werden muß!

M a t t u t a t.

50 Jahre Ortsverein Osnabrück

An den beiden Pflingtagen haben die Mitglieder des Bezirks- und Ortsvereins Osnabrück das goldene Jubiläum begangen. Und wahrlich, sie haben es verstanden, ein Fest der Organisation zu begehen, wie es eines solchen Gedentages würdig ist. Dazu lagte herrlichstes Frühlingswetter, so daß die Herzen von vornherein froh gestimmt waren. Und so kamen die Kollegen herbei, aus den entferntesten Bezirksorten, aus dem Vorort und seiner näheren Umgebung, Gäste aus den verschiedensten Orten unseres großen Verbandsgebiets; sie alle wollten mit dabei sein, trotz aller Notzeit den Alltag wieder einmal vergessen.

Das Fest selbst wurde eingeleitet durch eine Feierstunde in der Aula des Ratsgymnasiums. Großes Begrüßen und Wiedersehensfreude hin und her. Ein überfülltes, festlich geschmücktes Haus. In vorbestirter Reihe die Alten, die diese fünf Jahrzehnte Osnabrücker Bezirks- und Ortsverein miterlebt. Die festlichen Klänge des Quintett in Es-Dur von W. A. Mozart eröffneten die Feier. Würdige Herzen lauften diesen wundervoll wiedergegebenen Darbietungen der Kammermusikabteilung des Osnabrücker Konzertorchesters. Es folgte die „Weltliche Rantale“: „Der Geselle des Bestalls“, für Männerchor, Sopran solo und Orchester, ebenfalls von Mozart, die in ihrer wirkungsvoll vorgetragenen Art den Boden schuf für rechte Feststimmung. In schlichten Worten sprach hierauf unser Bezirksvorsitzender zu den Versammelten und rief allen ein herzlich „Willkommen“ zu. Er begrüßte ganz besonders den Vertreter des Magistrats der Stadt Osnabrück, Senator Rabenbach, den Direktor des Arbeitsamts Hrn. Groos, die Vorsitzenden des Ortsausschusses des DGB. und der Afa, Haas und Dreyer, die Vertreter der graphischen Bruderverbände, unseren Verbandsvorsitzenden Otto Krauß (Berlin), die Mitglieder des Gauvorstandes Hannover Pflingsten, Ebenbach und Hundertmark, die Vertreter des Kolabereins Hannover Lücke, Bierre und Schrader, vom Kreis Hannover der Drucker Kollegen Aug. Koch, aus Hildesheim Paul Frenzel, aus Magdeburg Otto Pfeilner, aus Münster Hans Greiner und Georg Jelsch und all die alten und jungen Kollegen, die herbeigekommen waren. In zu Herzen gehender Weise gedachte er derjenigen, die einstmals führend im Osnabrücker Land für die Organisation tätig waren und die nun der kühle Regen deckt, gedachte der 16 braven Kollegen, die uns der Weltkrieg geraubt, und in stummer Ergriffenheit erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Aber nicht zur Trauer sollte der Tag Anlaß geben, sondern er solle den Mitgliedern etwas mitgeben in den grauen Alltag, solle das Zugehörigkeitsgefühl zur Organisation in jedem einzelnen fester verankern, damit wir allen Stürmen trogen könnten.

Nach ihm hielt Kollege Krauß die Festrede. Was er uns zu sagen hatte, war ein Meisterwerk, wie es zu zeichnen nur jemandem möglich ist, der so wie er mit den Dingen vertraut ist. Treffend stellte er das erfolgreiche Wirken der Organisation dar, um nachzuweisen, daß diese Feierstunde der Organisation eine 50jährige Verbandsarbeit würdigen heiße. Das halbe Jahrhundert Zeitraum umschließt unendlich viel an Sorgen und Mühen innerhalb des Verbandes sowie der Arbeiterschaft überhaupt. Die Feier falle in eine Zeit schwersten Notstandes, in eine Zeit, in der Millionen von Arbeitsbrütern ein hartes Los durch eine widerwärtige Wirtschaftsordnung zu tragen hätten. Das werse auch auf die Feier einen Schatten. Aber die Stunde solle nicht vorübergehen ohne Rückblick zu halten und ohne eine Vorkehrung, was werden solle. Ihre Zeit ringt nach neuen Formen auf allen Gebieten. Die hinter uns liegende Zeit der Vernichtung, unter deren Folgen wir heute noch mehr als je zehn Jahren alle leiden, war eine Weltkatastrophe. Es sind aber dadurch gewaltige Kräfte auf der ganzen Welt für einen Kulturfortschritt ausgeübt, die ihre Wurzeln in der organisierten Arbeiterschaft haben. Es ist einmal behauptet worden, daß von dem künftigen Kulturfortschritt die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wichtiger angesehen würde als eine gewonnene oder verlorene Schlacht. Und tatsächlich hat die Zeit von der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine ungeahnte Beteiligung der Arbeiterschaft an der kulturellen Entwicklung gebracht. Heute ist die Zugehörigkeit selbst eines Lehrkings zu einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation schon eine Selbstverständlichkeit, und man kann den Mut der Männer nicht hoch genug einschätzen, die sich 1866 zusammenfanden, um erstmalig eine Interessengemeinschaft zu gründen. Schon bei der Gründung des Buchdruckerverbandes waren sich seine Gründer bewußt, daß sofortige Erfolge nicht erwartet werden konnten. Das Werk war nicht auf einen Augenblickserfolg, sondern auf die Zukunft der Buchdrucker gerichtet. Das Programm der Organisation war nüchtern und klar; es richtete sich gegen die lange Arbeitszeit, gegen Lehrkingsgücherei und forderte bessere Entlohnung. Dann streifte Kollege Krauß die Gründung des DGB. als Gegenorganisation, die ersten Erfolge in der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, das 1873 getroffene Tarifabkommen und die Zeit des Sozialistengesetzes, unter dem es gelang, durch geschickte Maßnahmen den Verband nicht zur Untätigkeit zu verurteilen. Er streifte die Kämpfe Anfang der 90er Jahre und das Zustandekommen der Tarifgemeinschaft 1896, durch die dann ohne Kampf die neunstündige Arbeitszeit festgesetzt wurde.

Was der Verband war und ist, ist er durch die Treue und Solidarität aller seiner Mitglieder und durch die Gemeinschaftsarbeit mit allen seinen Zweigvereinen geworden. Dafür ist der beste Beweis die Anfänglichkeit der Mitglieder. Aber ein Viertel gehören ihm jetzt 25 Jahren und länger an. Über 1000 Mitglieder sind vorhanden, die über 50 Jahre der Organisation die Treue gehalten haben. Nach dem Umsturz sind den Gewerkschaften die notwendigen Vorbedingungen für ein gedeihliches und freies Arbeiten und Mitwirken gegeben. Frühere Forderungen, die zu manchem Opfer auf der Straße blieh, haben inzwischen staakliche Anerkennung gefunden. Wenn auch im einzelnen noch nicht alles durchgeführt werden konnte, so kann man sich doch auf die Grundrechte der Verfassung stützen. Die unter den Fahnen der Gewerkschaften gesammelten Kräfte werden zusammengehalten werden müssen, um die Erfolge nicht wieder zunichte werden zu lassen. Gerade die Festzeit beweist das deutlich. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß in den Gewerkschaften erst ein Drittel der

Arbeiterschaft zur Interessensvertretung zusammengefaßt ist. Es gilt heute nicht Mühseligkeit groß werden zu lassen, sondern mit härterem Mut zu kämpfen, um alle Schwierigkeiten überwinden zu können. Und wie der Weg des Verbandes im allgemeinen nur schrittweise nach oben ging, so ist es auch in dem Osnabrücker Bezirks- und Ortsverein gewesen. Manche harten Kämpfe haben auch hier die Mitglieder aussetzen müssen. In Dankbarkeit gedenken wir daher der Männer, die ihre Kraft dem Verbande geschenkt haben. Auch im Osnabrücker Bezirk befinden sich 63 Jubilare, davon zehn mit einer über 40jährigen und drei mit über 50jähriger Mitgliedschaft. Nachdem Kollege Krauß dann die Glückwünsche des Verbandsvorstandes übermittelt hatte, schloß er seine eindrucksvollen Ausführungen mit den Worten: Verband ist Verbundenheit, Verbundenheit ist Leben, Leben ist Kraft, Kraft ist Macht und Macht ist Sieg! Nichtdenkwollender Beifall folgte, und dann lang die „Typographia“ Althmanns „Lob Jolefson“. Kraußoll erdiente es durch den weiten Raum: „Das Banner kann stehen, wenn der Mann — auch fällt.“ Dann folgte die Wiedergabe des präziösen Schubertischen „Forellenquintetts“ durch das Orchester, das ausgezeichnet zu Gehör gebracht wurde. Und nun marschierten sie auf, unsere Gratulanten. Als erster unser Gauvorsteher Pflingsten, der namens des Gauvorstandes Anerkennung und Glückwünsche zum Ausdruck brachte; ferner Haas (Osnabrück) für den Ortsauschuß des DGB., Karl Lücke für die Bruderverbände des Gaus, August Koch für die Sparten des Gaus, Dreyer für die Afa, Greiner für den Bezirk Münster, Fritz Bräuer für die Hilfsarbeiter, Willi Spring für die Buchbinder und Erdt für die Osnabrücker Sparten. Nach einem kurzen Dankeswort unfres Vorsitzenden Herlihus beschloß die „Typographia“ den Festakt mit dem Chor: „Nach dem Sturm auf Westerland-Sylt“ (Althmann), und als Ausklang erkönte der „Rotgardistenmarsch“.

Eine zwanglose Mittagstafel im „Gewerkschaftshaus“ sowie ein Spaziergang durch die Stadt schloßen sich an. Und dann fand sich die Osnabrücker Buchdruckerfamilie im Garten des Festlokals Kuschnigal zusammen, um bei den Klängen der Konzertkapelle den Kaffee einzunehmen. Auch hier manch frohes Händegedächtnis, manche Unterhaltung aus vergangenen Tagen. Um 7 Uhr gingen die Teilnehmer in den Saal, wo ein von Heinrich Kister vorzüglich zusammengestelltes Programm den besten Eindruck erweckte. Hier hielt Walter Seemann die Begrüßung, um gleichzeitig damit ein Dankeswort an den Bezirksvorsitzenden für 10jährige Tätigkeit zu verbinden. Schläger auf Schläger folgte, und das Laufen wollte kein Ende nehmen, bis dann auch dieses Programm abgehoft wurde durch Tanz. Hoch manches Glas wurde geleert, und in bester Stimmung vereinigte uns ein Fröhlichgöppan am anderen Tage nochmals im „Gewerkschaftshaus“. Dann schlugen die Abschiedsstunden; aber unsere letzten Gäste hielten noch am Nachmittag aus, als von uns bei gemütlichem Kaffee im „Tivoli“ der Schlußstrich gezogen wurde.

Unser goldenes Jubiläum ist verraucht. Wir haben uns wieder unfrem alltäglichen Gang zugewandt. Aber wohin man hört, ist alles voll von den herrlichen Stunden und dem überaus glänzenden Verlauf der Jubiläumseranstaltungen. Möge daher die Erinnerung an dieses schöne Fest noch lange in uns wach bleiben. Wir werden uns nun wieder ernstern Dingen zuwenden müssen, und da ist es gut, wenn wir von all dem Schönen ein Stück Begehrung mitgenommen haben. Wir werden aber auch dieses Fest uns Ansporn sein zu neuem Wirken durch die Organisation, möge der Zusammenschluß ein immer engerer werden, damit wir allen Stürmen gegenüber, die über uns hereinbrechen, gewappnet sind. Und wenn uns das aufs neue gelungen ist durch unsere Feierstunden, dann haben sie ihren Zweck erfüllt.

Und nun noch ein Dankwort an unsere Prinzipale, die uns die vortrefflich ausgestatteten Druckfahnen kostenlos zur Verfügung gestellt haben: Handelsbruderei A. Fromm die Gießerei, Firma J. G. Kisting die Einladungen, Firma Meinders & Elstermann die Teilnehmerkarte und die Druckerzeitung als das Programmheft. Ein kleiner Vorrat ist noch für Interessenten beim Kollegen Herlihus vorhanden.

Korrespondenzen

Bonn. (S a n d l e r e.) Einem lange gelegten Wunsche, Gründung einer Bezirksvereinigung Bonn der Handfeger, ist am 19. Mai entsprochen worden. Eingangs der B e r s l a m l u n g begrüßt Bezirksvorsitzender Waldus Jankliche anwendenden Kollegen, insbesondere Kollegen Straßmann (Köln) als Vorsitzenden der Gauvereinigung. Kollege Baldus erläuterte in seinen Ausführungen Zweck und Ziele der Handfegervereinigungen und schloß mit dem Wunsche, daß die zu gründende Vereinigung mit den anderen Sparten zusammen zum Wohle der Gesamtkollegenarbeit arbeiten möge. Der Hauptreferent, Kollege Straßmann, behandelte sodann die allgemeine Arbeitslage im Buchdruckgewerbe. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß die Handfeger sich vereinigen müßten, und daß die Handfegerparte zusammen mit dem Bildungsverband arbeiten müsse, erstere in praktischer, letztere in technischer Hinsicht. Nachdem sich die Kollegen mehr oder weniger für die Gründung ausgesprochen hatten, wurde die Handfegervereinigung im Bezirk Bonn einstimmig ins Leben gerufen. Der Vereinigung sind 41 Kollegen beigetreten. Kollege Waldus machte zum Schluß noch einige ergänzende Ausführungen.

Dortmund. Am 10. Mai fand unsere Bezirksversammlung in Linen a. d. Lippe statt. Getreu traditioneller Arbeitslieferung begrüßte wiederum der Kollegenkollegenverein „Typographia“ die gut besuchte Versammlung. „Treffende Beleuchtung“ erfuhr der Pensionierungs-

plan der Prinzipale vom Kreis II. Dieser Plan wurde als völlig abwegig bezeichnet, weil die wahren Wurzeln der Krise deutlich erkennbar seien. In der Ansprache wurden Maßnahmen zur Unterbringung der Arbeitslosen als dringendstes Gebot gefordert und die Vermehrung von Überflüssen durch die in Arbeit stehenden Kollegen als Pflicht erachtet. Die Forderung der 40-Stunden-Woche sei wahrheitsgemäß schon überholt, notwendig sei heute bereits ein geschickter Umgang zur Einstellung der Arbeitslosen und dementsprechende Verkürzung der Arbeitszeit. Die dann ermittelte Arbeitszeit liege wahrscheinlich noch unter 40 Stunden wöchentlich, Typisch war der Ausspruch eines verheirateten arbeitslosen Kollegen: „Nicht Unterstützung, nicht Almosen wollen wir, sondern Arbeit und Brot.“

Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag des Herrn Studienrats Dr. Lappe über „Freiheit vom Stein, Deutschlands Führer in schwerer Zeit!“ In fesselnder Weise zeichnete der Referent den Werdegang Steins als Bergkämpfer in Wetter, als Regierungspräsident, und im weiteren Verlauf seiner Entwicklung als preussischer Finanz- und späterer Innenminister. Trotz seiner obliegen Abstammung war Stein der Mann des Volkes. „Die Dynastien galten ihm nichts, dagegen bedeutete ihm das Volk alles. Er erschöpfte sich nicht in Büchereiwissen, sondern schöpfe aus der Praxis. Kennzeichnend dafür ist sein Ausspruch: „Der Förster ist am besten im Walde.“ Nach dem Jubiläumsbuch Preussens begann sich Steins Wirken zu entfalten. Wiederrum forderte er als Grundbedingung die Beilegung der Kabinettskriege, der wirklichen Machtgeber in Preußen. Diesmal war ihm der Erfolg beschieden. Die Aufhebung der Selbstverwaltung in Preußen, die Einführung der Gemeindefreiheit, der Entwurf einer neuen Städteordnung, die Schiffbauordnung der Ruhr und die Heranziehung des Volkes zur verantwortlichen Mitarbeit am Staate sind wesentlich mit dem Werk Steins. Minister Severing wirkte die Verdienste Steins anlässlich einer Gedächtnisfeier in Münster, indem er erklärte: „Das deutsche Staatswesen, wie es heute besteht, ist nicht allein auf die Umwälzung zurückzuführen, sondern wesentlich mit auf das Wirken Steins.“ Ausgangspunkt für sein Wirken war Westfalen, und hier, auf dem alten Herrensitz und ehemaligen Kloster Kappenberg, endete 1831 auch sein Leben. Dem Vortragenden wurde am Schluss seiner Ausführungen spontaner Beifall zuteil. — Am Nachmittag versammelten sich die Kollegen mit Angehörigen zu einer Besichtigung des Stein-Museums im Schloss Kappenberg. Unter den Dokumenten geschichtlichen Geschehens interessierte besonders der Entlassungsbefehl des Königs Friedrich Wilhelm III. an den Freiherren vom Stein aus dem Jahre 1807. Führend war ein Beweis wachhaft, „königlichen“ Dankes. Unter Mitwirkung des Gesangsvereins blieben die Teilnehmer am Nachmittag noch einige Stunden geistig beisammen. Zur Bekämpfung des Maternausstausches wurde vom Ortsverein eine Kommission gewählt. Diese soll geeignete Schritte unternehmen, um vermehrte Beschäftigung von Arbeitslosen zu bewirken. Bezüglich der Feier des 50-jährigen Bestehens des Ortsvereins haben sich Datumsunrichtigkeiten ergeben. Als Gründungsjahr kommt auf Grund geschichtlicher Überlieferungen das Jahr 1817 in Betracht. Aus Erparnisgründen findet die nächste Bezirksversammlung in Dortmund statt.

Düsseldorf. Ihre Bezirksversammlung am 18. Mai hatte ihre besondere Note durch die Anwesenheit des Vorsitzenden unseres Verbandes. Daß Kollege Krauß im Westen noch nicht vergessen, davon gaben Zeugnis die vielen herzlichsten Begrüßungen im Laufe des Abends. Eschlichlich verbindet unsern Verbandsvorsitzenden nicht nur eine formale Kollegialität mit seinen vielen Bekannten von früher, hier ist Kollegialität zu herzlichster Freundschaft gesteigert. Das Haar unfres Freundes ist angefeuchtet wie das unfre, doch im übrigen fanden wir ihn so jung, frisch, lebhaft und beweglich, wie er in unfrem Gedächtnis lebte. Kollege Krauß hatte sich für den Abend das Thema gestellt: „Die Gewerkschaften in der Krise.“ Die folgenden Gedankengänge, belegt durch viel Material, unterbreitete er in einem zweifelhafte Vortrag: Wir leben gegenwärtig in einer Periode der Zuspitzung in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Millionen Hände warten darauf, der Produktion wieder nutzbar gemacht zu werden. Die Krise hat ungewöhnlich heftigen Charakter. Es ist die Krise des Kapitalismus, jedoch sicherlich nicht die letzte. Amerika, das Wirtschaftsumwender, wurde aus Schuldnerstaat zum Gläubigerstaat. Es hatte in der Technikierung einen ungeheuren Vorrang vor den europäischen Industriestaaten. Mittel- und Südamerika, einst Domänen europäischen Exportes, werden heute durch USA. beliefert. Wir Gewerkschafter mußten die Rationalisierung wollen, um den Vorrang der Vereinigten Staaten aufzuheben. Deutschlands Volkswirtschaft leidet noch unter besonders schwierigen Verhältnissen infolge der Reparationslasten. Ein Mangel, von uns aus gesehen, ist es, daß in den Youngplan nicht die Goldkauf des Dawesplans hineingekommen ist. Amerika und Frankreich haben den Goldbestand der Erde in unerträglichem Maße aufgesaugt. Goldverknappung bedeutet Kreditmangel, bedeutet Unmöglichkeit der Wirtschaftsanforderung. Auslandskredite nach Deutschland zu leisten, ist schwierig, infolge des Wahlausganges am 14. September. Der Vorkriegsstand der Nazis ist zurückzuführen auf die Hoffnung der proletarisierten Mittelstandsklassen auf Wiederherstellung ihrer früheren wirtschaftlichen Position in dem als so imaginären Dritten Reich. Gewalttames Zerreißen der Verträge durch die Nazis würde nicht die Folgen des Krieges beseligen. Zwangsadministratoren wären die Folge. Die Erfolge berechtigten nicht zur weiteren Rationalisierung in gleichem Tempo, denn durch die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit ist die Kaufkraft bedeutend gesunken. Erhebliche Preisverbilligung aller Konsumgüter hätte Begleiterscheinung der rationalisierten Produktion sein müssen. Auf lange hinaus wird die Arbeitslosigkeit anzuwachsen. Im Mittelpunkt steht für uns die Verkürzung der Arbeitszeit; heute müssen drei Arbeitende einen Erwerbslosen mit durchschleppen. Statt Lohnzahlung forderten die Gewerkschaften beim Berliner Metallarbeiterstreik die Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Die Lohnabbaubewegung setzte bei den Metallarbeitern als dem schwächsten Punkt ein. Trotz der heutigen Schiedsprüfung will kein Tarifpolitiker das Schlichtungswesen beteiligen. Unfre Prinzipale versuchen jetzt Wobau der Leistungsauflagen. Das bisher auf diesem Gebiete von den Prinzipalen

Erreichte ist nicht gerade grandios, wenn auch stets in Krisenzeiten Einbeulungen nicht zu vermeiden sind. Zur finanziellen Kraft des Verbandes betonte Kollege Krauß, daß wir entweder die Unterstützungsgläse kürzen oder weitere Beitragsopfer bringen müssen. Am 31. August kann es zu Kampfhandlungen kommen, denn wir machen einen neuen Lohnabbau nicht mit. Auch dürfte die Zwangsbeschäftigung dafür kaum zum zweiten Male eingesetzt werden können. Die Unternehmer, besonders die der Großindustrie, führen seit Jahren einen zähen Kampf um Auflockerung der Tarife. Unablässig wird die Regierung bedrängt, die Unabänderbarkeit der Tariflöhne aufzuheben. Kampf den Unternehmern, die den Arbeiter zurückdrängen wollen auf Vorkriegsposition, doch auch Kampf den Zersplitterungsbestrebungen der Kommunisten und Nazis, für jede Verteidigung des Erzeugenen. Die demokratische Republik wollen wir eventuell mit Leib und Leben verteidigen, um aus ihr den sozialen Zukunftsstaat zu machen. Diese Umwandlung durchzuführen, brauchen wir eine starke Gewerkschaftsbewegung. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Für die Ansprache wurde die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt. Daß dadurch die Diskussion unfruchtbar bleiben mußte, ist erklärlich. In zehn Minuten auf ein zweifelhafte Referat einzugehen, das eine Fülle aus auf den Köpfen brennender Fragen streifte, ist undenkbar. Ein Gedanke ist kaum in zehn Minuten bis in seine Konsequenz zu entwickeln, eingehen auf den ganzen Komplex einfach eine Unmöglichkeit. Nach kurzen Andeutungen ein Gebiet verlassen und sich einem andern zuzuwenden müssen, führt zu Ungenauigkeiten und zu Mißverständnissen und Auseinandersetzungen. Diese Probleme abwandeln, ist nur fruchtbar in einer Arbeitsgemeinschaft, wo alle aufgestellten Thesen auf ihre absolute Richtigkeit und Echtheit geprüft werden können in Rede und Gegende, wo Unklarheiten vermieden oder gleich ins rechte Geis gebracht werden können und Aufösungen vom Vortragenden und von Hörern eindringlichst untersucht werden und jedem schließlich Zwang sind, seine Argumente scharf zu überprüfen und dadurch einem eventuellen Selbstbetrug zu entgehen. Die Opposition in jeder Bewegung ist geschichtlich bedingt. Einmal war Bernsteins Theorie des Reformismus verstandliche Opposition, die einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus entsprach. Ob heute noch, nach Notverordnung und § 48, nach dem Wahlergebnis vom 14. September, größere Massen an das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus glauben, ist fraglich zu bezweifeln. Die gegenwärtigen harten kapitalistischen Tatsachen sind derartigen Anschauungen nicht gerade günstig. Trotz entgegenstehender Meinungen, die oft heftig aufeinanderprallen, hat Kollege Krauß, wie er im Schlusswort konstatierte, die Auffassung mitgenommen, daß keine vergrößerte Atomspalte im Ortsverein Düsseldorf herrscht. Der Vortrag ging voraus eine die Allgemeinere interessierende Mitteilung des Vorsitzenden, Kollegen Böhringer: Im Industrie-Berlag Düsseldorf konnte ein Abbau der überarbeiteten Löhne verhindert werden dadurch, daß, als die Geschäftsleitung drei Flugblätter 5 bis 7 M. des Leistungslohnes kündigte, die Maschinenleger, Rotations- und Stereotypisten bereit waren, nun ihrerseits am nächsten Freitag die Kündigung einzuregeln. Die Absicht der drei Abteilungen brauchte nicht Lastzue zu werden, die Geschäftsleitung war klug genug, den Lohnabbau der drei Drucker nicht zur Tatsache werden zu lassen.

W. Emmerich. Unser Ortsverein feierte am 16. und 17. Mai die 25. Wiederkehr seiner Gründung. Aus diesem Anlaß versammelten sich am Sonnabendabend im Vereinsheim Koopmann die Mitglieder zu einer Vorfeier. Fast vollständig hatten sich die Emmericher Kollegen eingefunden, das konnte Vorsitzender Frickhmann anbei seiner Begrüßung konstatieren. Die Ortsvereine Dinslaken, Wesel, Goch, Bockholt, Dorsten, Gelbern, Revelar und Cleve waren bereits bei dieser Vorfeier durch eine Delegation vertreten. Gauvorsteher Böhringer überbrachte die Glückwünsche des Verbandes und des Gauverbandes und gab in seinen Ausführungen sehr interessante Details von der Gründung des Ortsvereins Emmerich am 20. Mai 1906 an Hand von Auszügen aus dem „Korr.“ und aus den Gewerkschaftsberichten. Es war sehr schwer, den Gewerkschaftsberichten am Niederberghaus durchzudringen. Ein sehr steiniger und schwieriger Boden war hier zu betreten, um das Sorgenkind des Verbandes, den Niederberghaus, zu erschließen. Wohl bestand schon seit dem Jahre 1902 eine Ortsgruppe in Emmerich aus einigen Mitgliedern, doch der Tarif war in keiner der Buchdruckereien anerkannt, und es wurden bei ausgedehnter Arbeitszeit Löhne gezahlt, wovon kaum das Existenzminimum bestanden werden konnte. Nachdem schon verschiedene Städte des Niederberghaus gewonnen waren, unternahm man am 20. Mai 1906 auf die letzte Stadt am deutschen Rhein, Emmerich, einen Generalangriff, indem man hier den Niederberghaus Buchdruckereibetrieb abhielt. Ein beträchtlicher Ertrag, von Duisburg kommend, an den Zwischenstationen haltend und viel Säwartzmüller mitnehmend, lief in Emmerichs Mauern ein. Kollege Krauß (Leipzig) hielt war wirklich von Erfolg getönt. Die Emmericher Geschlossen wurden aus ihrer gewerkschaftlichen Teilnahmlosigkeit aufgeweckt, es meldeten sich sofort verschiedene Gehilfen, die mit den vorbandenen Verbandsmitgliedern den Emmericher Ortsverein ins Leben riefen. Eine Senfaktion für das 14 000 Einwohner zählende Städtchen war es, als wabens unter Vorantritt einer Musikkapelle der stattliche Zug der Kongressteilnehmer zum Bahnhof geleitet wurde. Kaum war der Emmericher Ortsverein gegründet, da wurde in allen vorhandenen Buchdruckereibetrieben der Tarif anerkannt, und ein reges gewerkschaftliches Leben entwickelte sich. Kollege Böhringer gab weiterhin interessante Einzelheiten bekannt und richtete zum Schluss an die Anwesenden den Appell, weiterhin dem Verbands die Treue zu halten. Mit einem Hoch auf den Verband und den Jubiläumsverein schloß er seine Ausführungen. Bezirksvorsteher Frickhmann überbrachte im Namen der Bezirksvereine deren Glückwünsche. Für Dinslaken sprach Kollege Glier und Kollege Reba für Bockholt, der gleichzeitig dem Ortsverein ein Bild des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Seif überreichte. Aber auch über den Bezirk hinaus waren Vertreter erschienen; so überbrachte Kollege van der Walde die Glückwünsche für den Bezirksverein Essen, für Düsseldorf Kollege ten Haeff. Das Ortskartell Emmerich überbrachte durch seinen Vor-

sitzenden Kraupanger Glückwünsche. Aus allen Gauen Deutschlands waren telegraphische und schriftliche Glückwünsche eingelaufen, so u. a. auch von dem Vorsitzenden des V.D.G.B. Peter Grafmann (Berlin). Einen würdigen Anfang nahm bereits die Vorfeier, und so war es denn kein Wunder, daß bei Musik, Gesang und Vorträgen die Zeit allzu schnell voranschritt und dem feuchtfröhlichen Tun zu schnell ein Ende bereite. — Der Hauptfesttag wurde am Sonntagmorgen um 11 Uhr im Saale Sluyter durch eine Bezirksversammlung eingeleitet, zu der die Mitglieder obengenannter Bezirksvereine in stattlicher Anzahl erschienen waren. Wichtige gewerkschaftliche Fragen wurden hier verhandelt. Nach der Versammlung wurden sämtliche Teilnehmer im Bilde festgehalten und im Anschluß daran das gemeinschaftliche Mittagessen eingenommen. Das um 3 Uhr vorgelegte Gartenkonzert mußte infolge der unbefriedigenden Witterung in den Saal verlegt werden, wo eine gut eingeleitete Kapelle ein feinsinnig zusammengestelltes Konzertprogramm durchführte. Der Clou des Festes war abends die Festversammlung. Nach einer musikalischen und gesanglichen Einleitung hielt Vorsitzender Gilmann eine Begrüßungsansprache. Hierauf überbrachte Bürgermeister Dr. Löff die Glückwünsche der Stadtverwaltung und sprach die Hoffnung aus, daß sich der Ortsverein Emmerich weiterhin entwickeln möge zu seinem und zum Vorteile der Allgemeinheit. Die Festrede des Abends hielt Gauvorsteher Böhringer. In seinen Ausführungen kam er zuerst auf die Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens und im Besonderen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu sprechen. Alle Höhen und Klippen zogen im Geiste an der Jubelstunde vorbei und gaben ein Bild des starken Fortschritts der Buchdrucker. Er machte dann einige interessante Ausführungen über die Gründung des Ortsvereins Emmerich, verwies aber im übrigen auf die vortreffliche Festschrift, in der alles Wissenswerte des Ortsvereins festgehalten sei, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und den Ortsverein. Die Festschrift sowie alle übrigen Drucksaften wurden kostenlos von dem Emmericher Prinzipalen hergestellt. Kollege Frickhmann richtete im Namen des Bezirks an die Festversammlung und den Ortsverein Emmerich aufrichtige Glückwünsche. Nach einigen musikalischen und gesanglichen Darbietungen schritt Kollege Böhringer zur Eröffnung der Jubiläum, nachdem ein in Vortrag gebrachter sinniger Prolog für eine weisevolle Stimmung gefordert hatte. Der Redner fand die richtigen Worte für die Pioniere der Bewegung und würdigte die von ihnen getragenen Opfer. Als Dank und Anerkennung überreichte der Ortsverein nachstehend genannten Jubilaren je ein prächtiges Bild als Jubiläumsgabe: Wilhelm Derksen und Heinrich Reesjes (29 Jahre), Heinrich Gabriel, Wilhelm Hüppers, Johann Kersten, Heinrich Meisters, Hermann Spöhlen, Wilhelm Steading (25 Jahre). Mit einem würdigen Chor fand die offizielle Feier ihren Abschluß, und man ging zum gemütlichen Teil über. Es folgte der Festball. Das Fest nahm einen sehr harmonischen und ausgedehnten Verlauf und wird allen Teilnehmern in bleibender Erinnerung bleiben.

Essen. (Drucker.) Am 14. Mai fand ein Filmvortrag der Heidelberg Maschinenfabrik statt. Herr Ingenieur Meyer von der Firma Fraß (Düsseldorf) erläuterte uns den Heidelberg Druckautomat. In kurzen Worten streifte er die Entwicklung dieser Maschine. Im Film sah man deren Herstellung vom Rohguß bis zum Versand. In der Diskussion wurde die Angabe der Fabrik betreffs der Geschwindigkeit der Maschine erörtert. An dieser Stelle danken wir der Heidelberg Schnellpressenfabrik, insbesondere Herrn Meyer, für ihr Entgegenkommen. Den Firmen Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg, Interprint Mühle Gesellschaft (Berlin), den Farbenfabriken Hartmann (Halle) und Otto Bär (Dresden), die es uns in der letzten Zeit ermöglichten, die Kollegen mit den Neuerungen im Druckgewerbe bekannt zu machen und durch Vorträge ihr Wissen zu bereichern, spricht der Vorstand des Essener Druckereivereins seinen Dank aus.

Göppingen. Der Bezirksverein Hohenstaufen-Zell, dem außer Göppingen noch die Orte Weisingen und Kirchheim angegeschlossen sind, hielt am 17. Mai hier seine Frühjahrs-Bezirksversammlung ab. Vorsitzender Weidle hielt die erschienenen Kollegen herzlich willkommen und sprach sein Bedauern aus über den schlechten Besuch. Nach Erledigung des Punktes „Mitteilungen“ erstellte er dem Kollegen Lieber (Stuttgart) das Wort zu seinem Referat: „Die Gewerkschaften in Abwehrstellung.“ In seinen einflussreichen Ausführungen behandelte der Redner diejenigen Fragen, die zur Zeit im Brennpunkt des gewerkschaftlichen Lebens stehen. Den Erläuterungen auf Lohnpolitischen Gebiet wurde ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso den Ausführungen über die Not unfreier arbeitsloser Kollegen und den Wegen zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Auch auf die verschiedenen Erhebungen nach dem Schiedspruch (Königsberg usw.) kam der Redner zu sprechen. Zum Schluss gab er noch einige Ziffern bekannt über Ausgaben und Unterfütungen im Gau Württemberg. Im ersten Quartal 1931 wurden allein an Notstandsunterstützung für ausgefeuerte Kollegen über 17 000 M. ausbezahlt, ein Betrag, der die Gewährung der Notstandsunterstützung in ihrer jetzigen Höhe in Frage stelle. Die Not der jetzigen Zeit erfordere die Geschlossenheit der ganzen Arbeiterschaft, denn einmal komme die Zeit, wo die Gewerkschaften aus der Abwehrstellung herausgedrängt würden. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine mit Beifall aufgenommenen sachlichen Ausführungen. In der anschließenden Aussprache beteiligten sich nur zwei Kollegen, so daß sich Kollege Lieber in seinem Schlusswort kurz fassen konnte. Nachdem noch unter „Tarifliches“ eine lokale Angelegenheit ihre Erledigung gefunden hatte, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Herbst-Bezirksversammlung in Weisingen besser besucht sein möge.

Königsberg i. Pr. In der Bezirksversammlung am 17. Mai hatte sich mit dem Ausschluß von Mitgliedern sich 10 Abtag a und b unfreier Satzungen zu beschließen. Nachdem Vorsitzender Hübner der Versammlung einige Mitteilungen unterbreitet hatte, nahm er Stellung zu dem Treiben des Betriebsrats und einiger Kollegen des Betriebes „Graphische Werkstätten Olt“, früher Druckereifabrik Krawag, die unter der Flagge der R.G.D. segeln. Von 600 Königsberger Kollegen sind bis jetzt sieben solcher R.G.D.'er bekannt. Die Führer dieser „neualtlichen R.G.D.“ sind

Mischalki und Zimmermann. Über den Erstgenannten er-
 übrigt sich jedes weitere Wort, denn er ist wohl allen Frei-
 gewerkschaftlern bekannt. Der zweite, revolutionäre
 Mann, ehemaliger Wegbarbi, war mit dabei, als man
 vom Balkum aus die Volksgewalt mit Haut und Haaren
 vernichten wollte. Die Versammlung schenkte diesen Wir-
 rissen nichts; viele Redner geisterten ihre Schurkereien im
 eigenen Betrieb auf dem Unterhahnbogen und die Ver-
 räterei gegen die eigne Gewerkschaft. Diese beiden haben
 auch alles daran gesetzt, daß diese Druckeri schamhaftig
 zur Bruchbude allerersten Ranges am Ort geworden ist.
 Die tarifliche Arbeitszeit wird dort sogenannte
 „Parteiarbeit“ vollständig illusorisch gemacht, und wer
 dies nicht mitmacht, wird bald zum Stempelamt geschickt
 mit dem Entlassungsschein für unsern Betrieb un-
 geeignet. Was der Betriebsrat zu tun und zu lassen hat,
 bestimmt die Partei Moskauer; ja, es ist in diesem Betrieb
 so weit gekommen, daß der „Betriebsrat“ Einsprüche von
 gemäßigten Kollegen ohne weiteres ablehnt, weil nach
 seiner Meinung eine Klage vor dem Arbeitsgericht „aus-
 listiglos“ sei. Als die Polizei gegen die von Mischalki und
 Zimmermann begünstigte unerhörte Überfundenstückeri
 mit Strafverfolgung einschritt, trat das Unblöse in diesem
 Arbeiterbetrieb ein: es war kein Verantwortlicher da.
 Wie standen nun diese „Revolutionäre“ in der Versamm-
 lung zu ihren Taten? Durch Radauversuche und Ver-
 schleppungsmanöver wollten sie sich rechtfertigen; der Vor-
 sitzende mußte sie erst mehrere Male auffordern, sich zum
 Wort zu melden. Endlich raffte sich der politische Pfaffen-
 kletterer Mischalki auf und verkündete der Versamm-
 lung, daß er so handeln werde, wie es seine Partei von
 ihm verlange. Die Versammelten hatten hierauf genug von
 dieser „Rechtfertigung“ und beschloßen gegen 10 Stimmen
 den Antrag auf Ausschluß der ganzen KGD, in Stärke von
 sieben Bezirken. Nur noch ein paar Worte zu dem ver-
 zogenen Bericht des hiesigen „Echos“ über die Versamm-
 lung. Unter der Überschrift „Ausschluß revolutionärer
 Kollegen“ wurde gesagt, daß diese „revolutionären“
 Kollegen den letzten Buchdruckerstreik zum Siege führen
 wollten. Was ist nun Wirklichkeit? Während 600 Buch-
 drucker u. a. für eine 40-Stunden-Woche zugunsten der
 letzten Arbeitslosen fast drei Wochen im Kampf standen,
 schickten diese „Revolutionäre“ Tag und Nacht in ihrem
 Betrieb. Die Streikleitung wurde schamhaft belogen, denn
 im eignen Betrieb wurde, trotz Zusage, an die 40-Stunden-
 Woche nicht einmal gedacht. Ferner erzählte man den
 Werten, daß von 300 Versammlungsteilnehmern 10 Mann
 eine starke Minorität sind, und die SPD-Bürokratie habe
 einen Streik gegen das „Echo des Ostens“ injiziert. O
 diese armen Holzöpfe mit Sägelspanen. Ein nettes Schildchen
 aus dem Tollhaus lieferte sich der Vorhänger der hiesigen
 Handbindervereinigung mit einer Aufschrift an den Orts-
 vereinigungsvorstand folgenden Inhalts: „Der Vorstand der
 Königsberger Handbindervereinigung im Verband der
 Deutschen Buchdrucker hat in seiner Sitzung am 13. Mai
 1931 zu den beabsichtigten Ausschüssen der Handbinder-
 vereinigungsmittler Golke, Schweingruber und Kutat
 Stellung genommen, und es verurteilt das Vorhaben des
 Ortsvereinsvorstandes. Wir betrachten dieses Vorgehen
 des Vorstandes gegen einzelne Mitglieder des Verbandes
 der Deutschen Buchdrucker als rein parteipolitische Maß-
 nahmen, da durch den letzten Streik erwiesen ist, daß
 Königsberger an und für sich oppositionell eingestellt ist. Wir
 erlauben die Königsberger Kollegenhaft, durch einen
 eventuellen Ausschluß nicht noch mehr Zersplitterung in
 die Reihen der Kollegen zu tragen. Königsberger Hand-
 bindervereinigung im Verband der Deutschen Buchdrucker
 (Gau Ostpreußen), S. A. Arthur Rohde, erster Vorsitzender.“
 Es sei noch bemerkt, daß Gauvorsitzer H. Reiser an-
 läßlich einer früheren Versammlung auf die Zwecke und
 Ziele der KGD und der Deutschen Hilfe aufmerksam
 gemacht und bekanntgegeben hat, daß die Zugehörigkeit
 zu diesen Organisationen den Ausschluß aus dem Verband
 zur Folge hat.

Schwerin i. M. (Sandseker.) Unsere Versam-
 lung am 9. Mai wurde vom Vorsitzenden Bilinger mit
 zahlreichen Mitteilungen eröffnet. Die Mitgliederzahl in
 Ditz und Gau ist stetig geblieben. Die Agitation wurde
 durch einzelne, noch abseits stehende Kollegen erschwert.
 Einige träge Fälle wurden bekanntgegeben. Einer eventuel-
 len Arbeitsgemeinschaft zwischen Bildungsverband und
 allen Sparten hier am Ort gab die Versammlung ihre
 Zustimmung. Wir arbeiten bereits seit Bestehen mit dem
 Bildungsverband zusammen und hatten seit letzter Ver-
 sammlung einen Vortrag des Kollegen Kraß über „Aus-
 schließung und Formalmachen“, ebenso hörten wir Kollegen
 Schmidt (Berlin) über das Thema „Typographische Zeit-
 und Streitfragen“ sprechen. Da der hiesige Vorstand
 auch die Geschäfte der Gewerkschaft mit verwalten muß,
 wurde ein zweiter Vorsitzender hinzugefügt. Aus dem
 Rassenbericht des Kollegen Czamer war zu entnehmen,
 daß am Ort ein Kassenbestand von etwa 254 M. und im
 Gau ein solcher von 179 M. vorhanden ist. Die in Aussicht
 genommenen Beschäftigungen der Papierfabrik Böhlow und
 der Landesstrafanstalt sollen unterbleiben, um die Kasse
 ungezwungen zum zweiten Gauhandbinderstag, der beschluß-
 gemäß im nächsten Jahre in Lübeck stattfinden, zu erhalten.
 Es wurde dem Vorstand überlassen, noch irgendeine Ver-
 anstaltung während des Sommers stattfinden zu lassen.
 Mit der Aufforderung an die jüngeren Kollegen, die Ver-
 sammlungen ihrer Sparte besser zu besuchen, fand die Ver-
 sammlung ihren Abschluß.

r. Stegen. Zu unserer zweiten diesjährigen Bezirks-
 versammlung trafen sich die Mitglieder des Bezirks
 am 17. Mai in Behrdorf. Der Besuch war gut, alle Druck-
 orte des Bezirks, in denen Mitglieder stehen, waren vertre-
 tet. Mitgeteilt wurde u. a., daß gegen die Firma Haupt
 in Waldbröl Klage geführt werde wegen Überschreitung
 der Lehrlingsstala. Ein weiteres Schmerzenskind des Bezir-
 ks ist die Firma Buchdrucker und Verlagsgesellschaft
 G. m. b. H. in Freubingen. Diese weigert sich, den Ge-
 hilfslohn auf den fünfprozentigen Vorkaufschlag zu
 zahlen. Auch hier ist Klage bei den maßgebenden Instanzen
 eingereicht worden. Die Arbeitszeiterhöhung in diesen
 Betrieben wurde auf unsern Druck durch die Gewerbe-
 aufsichtsbehörde befohlen. Der Rassenbericht vom ersten
 Quartal lag gedruckt vor, dem Kaffierer Klacsa wurde
 Entlassung erteilt. Über die Jugendleiterkonferenz in
 Duisburg am 14. Mai berichtete Kollege Wöber. Un-
 mehr war der Kollegenhaft Gelegenheit gegeben, unsern

neuen zweiten Gauvorsitzer, Kollegen Fette (Köln), zu
 hören. Mit einem zeitgemäßen Thema „Gewerkschaftliche
 und politische Zeitfragen“ verband es der Redner, durch
 seine klaren Ausführungen die Versammelten von Anfang
 bis zum Schluß zu fesseln. Er streifte die Wirtschaftskrise
 und die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit und gelangte
 zu dem Ergebnis, daß die Einführung der 40-Stunden-
 Woche zur Behebung dieser Kalamität notwendig sei.
 Demgegenüber befeuerte er die gewerkschaftsfeindliche und
 arbeitgeberfeindliche Bewegung der Nationalsozialisten und
 KGD, die alles darauf anlegten, eine Spaltung in die
 Arbeiterhaft zu tragen und sie gegen ihre Führer auf-
 zuheben. Dem Vortragenden wurde reichlich Beifall zuteil.
 Von einer Diskussion nahm man Abstand. Nach Genehmi-
 gung der neuen Satzungen der „Hilfe am Grabe“ und Fest-
 legerung der Fahrtengebühren fand die anregend und schön
 verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Hand-
 werksammer Berlin befanden die Kollegen Friß
 Ahlers, Konrad Brandenburg, Helmuth
 Jonas, Friß Merz (sämtlich aus Groß-Berlin) die
 Meisterprüfung. Ein Prüfling bestand die Prüfung nicht.

**Nachdemerswerte Einrichtung für jugendliche Erwerbs-
 losen.** Der Ortsausschuß Leipzig der Jugendverbände hat in
 Verbindung mit dem Jugendamt, dem Arbeitsamt und dem
 Volkshilfsamt berufstechnische Kurse für jugendliche
 Erwerbslose eingerichtet. Der Buchdrucker wurde als
 Ausbildungsstätte die Buchdrucker-Gesellschaft zur Ver-
 fügung gestellt. Die Schriftgießer werden in den Titel-,
 Abzügen- und Inkeratall (theoretischer Unterricht und
 praktische Übungen) eingeführt, für Drucker sind theo-
 retischer Unterricht über die Entwicklung der Druck-
 maschinen und der Anlageapparate und praktische Übungen
 im Einrichten von Abzügen, Wert- und Bilderformen vor-
 gesehen. Zur Teilnahme berechtigt sind erwerbslose jugend-
 liche Buchdrucker im Alter von 18 bis 21 Jahren. Kurs-
 tage sind Dienstag und Sonnabend von 8 bis 10 Uhr. Die
 Teilnehmer erhalten an diesen Tagen kostenlos Mittag-
 essen und Nachmittagskost.

Vom Arbeitskampf der norwegischen Buchdrucker. Zu
 dem im Auslandssteil unserer letzten Nummer unter Nor-
 wegen erwähnten Vorkampf des Landeschlichters für die
 Druckerzersetzung in Oslo am Sonntag, dem 31. Mai,
 Stellung. Der Vorkampf sieht einen prozentigen Abbau
 aller Löhne vor und lehnt die Gehilfenforderung auf
 tarifliche Festlegung der Lehrlingsstala ab. (Die Gehilfen
 hatten eine Erhöhung der Mindestlöhne auf das Durch-
 schnittsmaß der Löhne in denjenigen Druckereien gefordert,
 die außerhalb des Machtbereichs des Arbeitgeberverbandes
 stehen. Bezüglich der tariflichen Regelung der Lehrlings-
 stala gab die Prinzipale dem Schlichter gegenüber ledig-
 lich die Erklärung ab, daß sie sich für die Sache auf ihrer
 Generalversammlung annehmen würden.) Die Prinzipals-
 forderung auf Erhöhung der bisherigen Arbeitszeit für
 Maschinenleger (8 bis 7 Stunden) ist vom Schlichter fallen-
 gelassen, aber der Forderung der Gehilfen auf Abschaffung
 der Astorarbeit nicht stattgegeben worden. Eine Einstel-
 lung der Ausgesperrten in die alten Betriebe wird nur
 nach Maßgabe technischer Möglichkeiten zugestimmt. In der
 Abstimmung über den vorliegenden Schlichtervorschlag
 wurde dieser von der Daseoer Gehilfenhaft einstimmig
 abgelehnt, so daß der Arbeitskampf unsern norwegi-
 schen Kollegen noch weiter andauert.

Schrifttum in Theorie und Praxis. Ein Fall schmun-
 deliger Unbilligkeit gegenüber einem Andersdenkenden
 wurde uns aus Buer in Westfalen bekannt. Die dortige
 Gelehrtschaft für Buchdrucker und Zeitungswesen m. b. H.,
 in deren Verlag die „Buerische Volkszeitung“ (Zentrums-
 organ) erscheint, kündigte einem seit zehn Jahren in der
 Firma beschäftigten Maschinenlegerkollegen mit der Be-
 freiung und seine Kinder in die freie (weltliche) Schule schickte.
 Dabei besaß die Geschäftsleitung noch die Inverantwortlich-
 keit dem betreffenden Kollegen folgendes zu schreiben: „Es
 liegt uns völlig fern, irgendeinen Angeestellten oder Ge-
 hilfen aus seiner leitenden oder politischen Einstellung
 Schwierigkeiten zu machen. Es geht andererseits jedoch nicht
 an, daß sich jemand aus unserm Personal öffentlich in
 einen so betonten Gegensatz zur weltanschaulichen Haltung
 unsres Blattes setzt, ohne daß uns selbst dadurch der wei-
 terem Bekanntwerden die größten Schwierigkeiten er-
 wachsen.“ Das ist ein Fall unerhörter Praktizierung der
 sogenannten Brotmoral, die niedrigster Raublust und
 Demagogie für und Tor zu öffnen geeignet ist. Mit
 allem Nachdruck muß dagegen protestiert werden, zumal
 auch deshalb, weil nach der Bestimmung in § 1 Abs. 2 des
 Deutschen Buchdruckerarbeitsgesetzes die Regelung aller des Arbeits-
 verhältnisses betreffenden Angelegenheiten unter Ausschluß
 parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte zu erfolgen
 hat. Unser zu Unrecht entlassener Kollege, dem die Ge-
 maßregeluntertützung zum Verbandsvorstand zugespro-
 chen wurde, hat selbstverständlich gegen seine Entlassung
 Einspruch beim Arbeitsrat erhoben, der diesen durch
 Mehrheitsbeschuß nach § 84 Abs. 1 des BAW. anerkannte.
 Nachdem Einigungsverhandlungen mit der Geschäftsleitung
 gescheitert sind, ist der Klageweg beschritten worden.

Die größte Orientierung. Wie die „Zeitungswissen-
 schaft“ mitteilen mußte, besteht die älteste Zeitung
 Japans, die „Osaka Asahi“, in diesem Jahre 50 Jahre.
 Das Blatt soll eine tägliche Auflage von drei Millionen
 haben und muß daher als die größte Zeitung des Ostens an-
 gesprochen werden. „Osaka Asahi“ steht in jeder Hinsicht
 auf der Höhe der führenden westlichen Blätter, namentlich
 auch in ihrem technischen Apparat und ihrem Infor-
 mationsdienst. Unlängst des Jubiläums wird der Verlag
 in eine große Anzahl von Ländern Sonderberichterlatter
 entsenden, die die Leser über alles Wesentliche dieser
 fremden Staaten und Völker unterrichten sollen.

**Keine zweite Lohnsenkungswelle unter staatslicher Mit-
 hilfe?** Reichsarbeitsminister Stegerwald äußerte sich dieser
 Lage in einer Besprechung mit dem Berliner Vertreter
 der „Kölnischen Volkszeitung“ über wirtschafts-, sozial-
 und lohnpolitische Fragen in bemerkenswerter Weise. Zur
 Lohnpolitik führte Minister Stegerwald u. a. aus: „Im
 Jahre 1931 ergebe sich unter Berücksichtigung der gefie-

genen Arbeitslosenzahl etwa ein Lohnausfall von 7,5 Mil-
 liarden Mark im Vergleich zu 1929. Davon entfielen auf
 Verminderung der Löhne und Gehälter der im Arbeit
 stehenden Vollarbeiter 3 Milliarden Mark. Von diesen
 3 Milliarden Mark verringerten Löhnen und Gehältern
 seien durch die Schlichtungsinstanzen an Zeitlöhnen etwa
 eine Milliarde Mark, durch Klitzung der im Tarifvertrag
 zulässigen Astorlöhne und dem im Tarifvertrag nicht
 unterworfenen Löhne (wobei die Schlichtungsbehörden
 nicht beteiligt waren) um etwa 2 Milliarden Mark gesenkt
 worden. In den im Tarifvertrag zulässigen Astorlohn-
 senkungen und an den vom Tarifvertrag erfaßten Löhnen
 seien im letzten Jahr ohne Mitwirkung der amtlichen
 Schlichtungsorgane etwa doppelt so hohe Lohnkürzungen
 erfolgt, als sie durch die amtlichen Schlichtungsorgane
 ausgesprochen worden seien. Aus diesen Tatsachen ergebe sich,
 daß eine zweite allgemeine und generelle
 Lohnsenkungswelle durch die staatlichen
 Schlichtungsinstanzen in der nächsten Zeit
 nicht mehr zu befürchten werden könne. Rein
 Zweck könne darüber bestehen, daß die Arbeiter und An-
 gestellten im letzten Jahre bereits sehr große Opfer auf
 den verschiedensten Gebieten gebracht haben. Wenn der
 Reichsarbeitsminister seine Ankündigung in die Tat um-
 setzen sollte, dann würden das alle festgestellten, in sich
 geschlossenen Gewerkschaften nur begrüßen. Sie hätten dann
 ausichtsreichere Möglichkeiten, drohende Gefahren für ge-
 werkschaftliche Tarifrechte und soziale Erwerbsfragen
 aus eigener Kraft abzuwehren. Daß in dieser Beziehung
 die Unternehmer Morgenluft wittern, geht aus einer erst
 kürzlich vom Reichsverband der Deutschen Industrie ver-
 öffentlichten Erklärung hervor, die auf eine Verschärfung
 des Tarifrechts abzielt und den provokatörischen Vor-
 sätzen gäht, die das Unternehmertum in der Nachkriegs-
 zeit gegen den Staat und seine Gewerkschaft gerichtet hat.
 In jenem Pronouncement der Schwerindustriellen wird
 auch auf die Klagerung Stegerwalds Bezug genommen und
 folgendes darüber gesagt: „Die Erklärung des Reichs-
 arbeitsministers, daß er nicht in der Lage sei, die staat-
 lichen Schlichtungsinstanzen für weitere allgemeine Lohn-
 senkungen zur Verfügung zu stellen, wird in der Industrie
 dahin verstanden, daß der Arbeitsminister selbst von der
 Überflüssigkeit dieser Schlichtungsinstanzen überzeugt ist.
 Auch in Deutschland werden die Löhne und Preise trotz
 aller politischen Hemmungen ganz von selbst auf das No-
 veau sinken, das wirtschaftlich tragbar ist, wenn erst einmal
 die Tarifverträge von dem politischen Zwange befreit
 werden, so daß wieder wie früher Arbeitsverträge unter
 der ausschließlichen Verantwortung der Vertragsschließen-
 den zustande kommen können.“ Der Wunsch der Schwer-
 industriellen nach Freigabe der Lohnverhandlungen und
 damit zur Erreichung einer Diktatur der Lohn- und Ar-
 beitsbedingungen ist hier der Vater des Gedankens. Um
 so mehr muß es Aufgabe der Arbeiterhaft bleiben, die
 Gewerkschaftsmacht zu stärken, um alle Gefahren abzu-
 wehren, die aus einer Beseitigung des Tarifrechts entstehen
 könnten.

Unternehmensvorkampf gegen das Tarifrecht gescheitert. Im
 Hauptausschuß des Preussischen Landtages wurde über einen
 deutschnationalen und einen wirtschaftsparteilichen Antrag
 verhandelt, das geltende Tarifrecht im Wege der Gesetz-
 gebung oder durch Verordnung abzuändern mit dem Ziel,
 in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges wichtige Bestim-
 mungen außer Kraft zu setzen. Die Wirtschaftspartei will
 daneben noch den Mehrheitswillen der Belegschaften der
 Betriebe unter allen Umständen Geltung verschaffen, d. h.,
 auch gegen die bestehenden Tarifverträge. Ferner wünscht
 die Wirtschaftspartei die Vertretungsbefugnis der Gewerks-
 schaften einzufrieren, während sie sonst bei jeder sich
 bietenden Gelegenheit für eine verstärkte Vertretungs-
 befugnis für Handel und Gewerbe eintritt. Die Anträge,
 sind eingebracht am 24. und 25. Februar dieses Jahres.
 Schon aus diesen Daten geht hervor, daß vorher eine Ver-
 ständigung oder Fühlungnahme zwischen deutschnationalen
 und Wirtschaftspartei erfolgt sein muß. Der deutschnatio-
 nale Abgeordnete Dr. von Waldhausen, ein Mann von
 hervorragender Stellung im Bergbau, und der Wirtschaftspartei
 Dr. Schmidt-Hoepfe, Redakteur der „Bergwerks-
 zeitung“, begründeten gemeinsam die vorliegenden Anträge.
 Von sozialdemokratischer Seite wies Abgeordneter Bräun-
 ner diese Vorstöße, das Tarifrecht aufzulockern, mit aller
 Entschiedenheit zurück. Es wies besonders darauf hin, daß
 es eine Zeit gab, wo die Unternehmer stets für eine außer-
 ordentlich langfristige Dauer der Tarifverträge eintraten.
 Wenn es gelungen sei, der wirtschaftlichen und auch der
 politischen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit Herr zu
 werden, sei es in erster Linie der gewerkschaftlich organisierten
 Arbeiterhaft zu danken. Die durch die Notverordnung der
 Reichsregierung herbeigeführten Lohnkürzungen seien für
 die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Arbeiter-
 haft von so schwerwiegender Natur, daß auf keinen Fall
 dazu noch ein Angriff allgemeiner Art auf das Tarifrecht
 kommen dürfte. Die Zentrumspartei, die Staatspartei und
 auch die Kommunisten schlossen sich dieser Auffassung an.
 Die Anträge wurden dann mit den Stimmen der Sozial-
 demokraten, des Zentrums, der Staatspartei und der
 Kommunisten abgelehnt. Dieser Versuch, auf dem Wege
 über Preußen die Reichsregierung durch den Einfluß der
 Berggewaltigen in der deutschnationalen Volkspartei und
 in der Wirtschaftspartei in ihrem Vorhaben gegen die
 Arbeiterhaft zu stärken, fand also zunächst gescheitert.

Zweiter Arbeiterkämpfertag in Nürnberg 1931. Vom
 22. bis 24. Mai wurden, wie uns der Vorstand des Deut-
 schen Arbeiterkämpferbundes mitteilte, wichtige Beratungen
 in Nürnberg gepflogen, die der Vorbereitung des zweiten
 Arbeiterkämpferbundesfestes galten, das Ende Juni 1931
 dort abgehalten werden soll. Das Programm wird mög-
 lichst mit Werken und Liedern aus dem Verlag des
 Arbeiterkämpferbundes befristet. Damit ist den Fest die
 Note gegeben: Das Proletariat stellt zur öffentlichen Dis-
 position, was im Kollektiv Dichter — Komponist — Arbeiter-
 sänger aus eigener Kraft geschaffen wurde und wird. Vor-
 gesehen sind Werke, wie „Kreuzweg der Maschine“, „Das
 Lied vom Arbeitsmann“, „Vertreibung“, „Empor“, „Auf-
 marsch“, „Rote Krone“, „Freie Erde“ und noch neu er-
 scheneinde Werke. Auch die alte Welt wird vertreten sein:
 „Frohinn und Schwermut“, „Tageszeiten“, ein Mozart-
 abend, ein Abend Beethoven's Schubert's Weber. Für
 A-cappella-Abende wurden genannt: Kampflied, Volks-
 lied, Madrigal, heitere Lieder. Als geistliche Möglichkeiten

